

VOLKSSTIMME

www.kpoe-steiermark.at

Steirische

Ausgabe 06, Juli 2008 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPO**

Geldregen für steirische Bürgermeister

Während die Bevölkerung unter der sprunghaften Teuerung leidet, versuchen die steirischen Großparteien eine drastischen Gehaltserhöhung für die steirischen Bürgermeister durchzudrücken: Manche Bürgermeister sollen bis zu 67 Prozent mehr bekommen. Die KPÖ hat als einzige Partei gegen dieses Vorhaben gestimmt, bei den anderen herrscht seltene Einigkeit – wie immer, wenn es um Privilegien für Politiker geht. S. 2

NATIONALRATSWAHL 2008

Eine andere Wahl ist möglich S. 6/7

URLAUB DAHEIM

Bäder- und Freizeittipps S. 17/18



Hundstage

Vom 23. Juli bis 23. August steht uns traditionell die größte Hitze des Jahres ins Haus. Schuld am Namen und an der Zeiteinteilung ist die Astronomie. Den Beginn der Hundstage legt der aufsteigende Sirius fest, der Leitstern im Sternbild des „Großen Hundes“. Das Sternbild ist dann rund 31 Tage sichtbar. Uns und den Hunden bleibt ob so viel kosmischer Einblicke das Schwitzen.

Gemeinsam gegen die Teuerung !

Protest !
Streik !
Widerstand !



Amtliche Preisregelung!



KPO
STEIERMARK

GRIFF IN GEMEINDEKASSEN GEPLANT

Mehr Gehalt für Ortskaiser

Geht es nach den Vorstellungen von Gemeinde- und Städtebund, steigen die Bezüge der steirischen Bürgermeister um bis zu 67 Prozent. Ein vom Gemeindebund ausgearbeiteter Vorschlag wurde jüngst in einer Sitzung des steirischen Städtebundes unterstützt. Allein die KPÖ-Vertreterin, Landtagsabgeordnete Renate Pacher, hat sich dagegen ausgesprochen. Alle anderen Parteien haben dem Vorschlag zugestimmt.

6.820 Euro verdienen die Bürgermeister von Leoben oder Kapfenberg. Mehr als ausreichend, möchte man meinen. Doch es soll noch mehr sein, wenn es nach dem SPÖ-dominierten Städtebund und dem ÖVP-dominierten Gemeindebund geht: nämlich 7.221 Euro pro Monat. Am höchsten soll das Plus bei Minigemeinden ausfallen, in denen die Bürgermeister/innen durchwegs im „Nebenerwerb“ arbeiten. Ihr Gehalt wird fast verdoppelt. Von allen Parteivertretern war nur KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher gegen diese Gehaltserhöhungen.

„Die höheren Bezüge müssten von den Gemeindebudgets abgedeckt werden. Für wichtige Dinge gibt es weniger Geld,

etwa für die Kinderbetreuung, die Müllabfuhr, den Kanal. Das käme die Bewohner teuer“, warnt KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Wobei es für eine gewisse Erhöhung bei den kleinen Gemeinden sogar Verständnis gibt; nicht jedoch bei den größeren.

Orientierung am Mindesteinkommen

„Die Politikergehälter sollen sich nicht abheben vom Einkommen der WählerInnen“, so KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher. Die KPÖ fordert seit langem, dass sich die Politbezüge am Mindesteinkommen orientieren. Mehr als das 15-Fache des Mindesteinkommens solle kein Politiker bekommen. „Das wäre auch eine Motivati-



KPÖ-Landtagsklubobmann Ernest Kaltenegger schlägt vor, Politikereinkommen an die Ausgleichszulage zu koppeln. So wären Politikerinnen und Politiker motiviert, sich um die Bezieher kleiner Einkommen zu kümmern. *„Der Vorschlag von Städte- und Gemeindebund ist eine Ohrfeige für all jene, die unter den steigenden Preisen leiden. Strom, Lebensmittel, Treibstoff, Heizöl, alles ist in den letzten Jahren massiv teurer geworden. Aber der Großteil der Bevölkerung kann sich nicht einfach das Gehalt um 500 oder 1000 Euro erhöhen. Eine solche Abgehobenheit wird das Ansehen der Politik sicher nicht heben.“*

on für die Politiker, für höhere Mindesteinkommen einzutreten“, so Ernest Kaltenegger.

Die neuen Gehälter für die Bürgermeister müssen noch vom Landtag abgesegnet werden. Die Chancen dafür stehen gut, denn im Städte- und Gemeindebund waren SPÖ und ÖVP geschlossen dafür. Und von den anderen Parteien fehlte jeglicher Aufschrei, die Grünen setzten sich zuletzt sogar für eine Anhebung der Polit-Bezüge ein. Einzig die KPÖ kämpft für mehr Einkommensgerechtigkeit im Sinne der Menschen in der Steiermark.

Dabei darf man nicht vergessen, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die Bank neben ihrer Bürgermeisterfunktion einen Beruf ausüben, der Bürgermeisterbezug somit ein Zweitgehalt darstellt. Das gilt vor allem auch für die Kleinstgemeinden, wo das Bürgermeisteramt zumeist nebenbei ausgeübt wird.



EU-AGRARFÖRDER Zucker

Jahrelang wurde aus den landwirtschaftlichen Förderungen ein Geheimnis gemacht. Nun wurden sie offengelegt. Das große Geld bekommen die Großen. Die Kleinbauern gehen nahezu leer aus.

30.115 steirische Betriebe haben 2007 eine Agrarförderung der EU bekommen. Die großen Agrarförderungen kommen der Lebensmittelindustrie zugute. Etwa der Firma Rauch, die als Abfüller eines bekannten Koffeinkracherls die höchste Förderung bekommt – und zwar für den im Getränk enthaltenen Zucker.

Oder 310.000 Euro für die Biowärme Lachtal unter dem Fördertitel „Investitions- und Regionaloffensive – sonstige Maßnahmen“. Mit 328.063 Euro wurde die Fritz Oswald GmbH in Pistorf gefördert, die laut ihrer Homepage mit 70 Angestellten steirisches Obst, Gemüse und Waldfrüchte ebenso vermarktet wie jenes aus Polen oder der Ukraine.

Das wünschen sich die steirischen Parteien für ihre Bürgermeister: Dabei wurde erst vor wenigen Jahren um ein 13. und 14. Monatsgehalt aufge bessert.

Bürgermeistergehalt nach Einwohnerzahl	bisher, Euro	Wunsch Euro	Erhöhung in Euro	Unterschied Prozent
bis 500 Einwohner	1.444,25	2.407,08	+962,83	+67%
500 bis 1.000	1.765,19	2.728,02	+962,83	+55%
1.001 bis 2.000	2.086,14	2.968,73	+882,60	+42%
2.001 bis 3.000	2.487,32	3.289,68	+802,36	+32%
3.001 bis 5.000	2.728,02	3.450,15	+722,12	+26%
5.001 bis 7.000	3.530,38	4.172,27	+641,89	+18%
7.001 bis 10.000 z.B. Müritzschlag, Judenburg, Leibnitz, Trofaiach, Weiz	4.172,27	4.733,92	+561,65	+14%
10.001 bis 20.000 z.B. Knittelfeld, Deutschlandsberg, Voitsberg und Bruck/Mur	5.215,34	5.696,76	+481,42	+ 9%
über 20.000 z.B. Leoben, Kapfenberg	6.820,06	7.221,24	+401,18	+ 6%

Agrarförderungen im Internet:
<http://www.transparenzdatenbank.at>

Millionen an Landwirtschaftsförderung gibt es jedes Jahr. Das große Geld bekommen Unternehmen, die mit Landwirtschaft oft nichts zu tun haben, wie der Vorarlberger Fruchtsaftabfüller Rauch. Geld gibt es auch für den Adel und Großbauern, während sich die Kleinbetriebe mit kleinen Beträgen abfinden müssen.

UNGEN WERDEN OFFENGELEGT für Europa

Am meisten für Großbetriebe

305.036,94 Euro bekam der Ameringer ÖVP-Vizebürgermeister Georg Moitzi 2007 dafür, dass er „den Standort Land vital und lebenswert“ erhält. 279.204,09 Euro erhielt Großbauer Josef Trummer für seine mehrere 100 ha messende Landwirtschaft in Weinberg. Über 238.080 Euro durfte sich die Obersteirische Molkerei in Knittelfeld freuen. Spitzenreiter in der Steiermark ist die Steirerfrucht-Gesellschaft in Wollsdorf, die 2007 mit 472.743 Euro gefördert wurde.

Adel kassiert

Bekanntlich braucht auch der steirische Adel Fördergeld. Die Riegersburger Prinzessin Annemarie Liechtenstein bekam 27.135 Euro. Mayr-Melnhof-Saurau oder die Schwarzenbergsche Familienstiftung in Murau verzichteten ebenso wenig auf Förderungen für ihre forstlichen Großbetriebe.

Besonders pikant an der Sa-

che ist, dass sich Kammerpräsident Gerhard Wlodkowski lange gegen das Öffentlichmachen der Landwirtschaftsförderungen gestemmt und vom Schüren von Neid gesprochen hat. In Schutz genommen hat er damit vor allem sich selbst – er bekam 2007 rund 25.000 Euro – und Großbetriebe, die teilweise nichts mit Landwirtschaft zu tun haben. Dazu gehört die Papierfabrik Sappi in Gratkorn, die 166.185 Euro an Agrarförderungen bekam. Spitzenreiter in Österreich ist Fruchtsaft- und Red Bull-Abfüller Rauch mit 6,8 Millionen Euro. Ebenso in der Datenbank findet sich eine Dietrich Mateschitz KG in Thalgau (S), der die EU 25.819,53 Euro überwiesen hat.

Übrig bleiben die „wirklichen“ Bauern – etwa die Fladnitzer Bergbäuerin, die 2007 gerade 38 Cent für ihre Landwirtschaft erhielt. Ein Strallegger Bergbauernpaar war mit 78 Cent kaum besser dran...



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Neue Wahlen – neue Chance?

Die Regierungsparteien können nicht mehr miteinander, wir dürfen wieder wählen gehen. Die größten und besten Werbeagenturen sollen für viel Geld wieder für gute Stimmung sorgen. Vor allem aber dafür, dass die gebrochenen Wahlversprechen vom letzten Mal wieder vergessen werden.

Abschaffung der Studiengebühren, Stornierung des Abfangjägerkaufes und bessere Pensionen sind doch nur Schnee von Gestern. Die Bevölkerung darf sich auf neue Versprechungen freuen!

Wird nach dem nächsten Wahltag alles besser? Sollte sich am Kräfteverhältnis nicht viel ändern, dann können wir uns gleich wieder auf die altbekannten Ausreden einstellen: Der jeweils andere Regierungspartner ist schuld, wenn man ein Wahlversprechen nicht eingehalten hat. Dabei ist es gar nicht so wichtig, ob wir dies von Faymann

oder Molterer erklärt bekommen. Beide Großparteien haben in den vergangenen Jahren eine Politik zu Lasten der arbeitenden Menschen gemacht. Als die FPÖ mit der ÖVP die Regierung stellte, war sie ebenfalls fleißig mit von der Partie.

Eine wirkliche Chance auf Veränderung könnte es mit einer starken Linkspartei in Österreich geben. Dann würden soziale Fragen und echter Privilegienabbau plötzlich auch außerhalb von Sonntagsreden zu Themen werden. Das ist wohl ein Hauptgrund dafür, dass die herrschenden Parteien mit der KPÖ so wenig Freude haben.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Ernest Kaltenegger,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder email:
volksstimme@kpoe-steiermark.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Die steirische ÖVP hat ernsthaft vorgeschlagen, bei Wahlen die Stimmen der Nichtwähler dem Sieger zuzuschlagen. Sie können halt nicht lassen, uns als ihre Untertanen zu behandeln. Gescheiter wärs wohl die Stimmen der Verweigerer dem Letzten zuzuschlagen: Wir von der KPÖ stellen uns schon an...

INHALT

Aus dem Landtag Steiermark . 4/5
Neue Wahl, neues Glück? 6/7
Der Schuldenweg Antrag..... 8
So ködert man Glücksspieler 10
Aus den Bezirken 11-14
Ferien ohne Urlaub 16
Gefährliches Staudammprojekt . 17
Schweinemast: Geruchsfilter 17/18
Urlaub daheim:
Ausflugs- und Bädertipps ... 18/19
Geschäft mit dem Weltklima 20
Tierecke 21
Kleinanzeigen/Leserbiefe ... 22/23
Für soziale Energiepreise 24



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag
Initiativen, Berichte,
Dokumente

Unglaublich

Gewerkschaftsmitgliedern ist dieser Tage wieder die Zeitschrift „Solidarität“ ins Haus geflattert. Darin entrüstet sich ÖGB-Vorsitzender Rudolf Hundstorfer zu Recht über einen erneuten Anschlag der EU auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten. Auf Grund einer neuen EU-Richtlinie kann die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 65 Stunden ausgedehnt werden.

Freilich – aus der schönen Wienerstadt kann Brüssel leicht kritisiert werden. Uns interessiert, was der ÖGB gegen derartige Anschläge auf das Arbeitsrecht unternimmt. Zur Beantwortung der Frage richten wir unseren Blick auf den steirischen Landtag: Fast zeitgleich mit dieser EU-Richtlinie wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ein neues Landarbeitsgesetz beschlossen, das eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf bis zu 60 Stunden pro Woche vorsieht.

Der Aufschrei des ÖGB lässt auf sich warten. Mehr noch! Auch im Landtag sitzen in den Reihen von SPÖ und ÖVP aktive Gewerkschafter. Alle haben den Verschlechterungen zugestimmt. In der „Solidarität“ gegen Angriffe auf das Arbeitsrecht lamentieren ist das eine, die politische Praxis etwas anderes. Erst wenn sich diese ändert, wird sich auch die Lage der Arbeiter und Angestellten zum Besseren wenden.

RAT UND HILFE

**Mieterschutzverband
Steiermark**

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at



SOZIALE BELASTUNGEN: EINIGKEIT VON SPÖ und ÖVP Pflegermisere – Arbeit

Sparkurs: Pflegeheime machen satte Gewinne, während die Qualität der Pflege nachlässt.

Bei der Altenpflege werden die Probleme immer gravierender. Zunehmende Privatisierung, eine viel zu lasche Kontrolle und die schlechte Bezahlung des Personals sind nur einige der Missstände. KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher wies im Landtag erneut auf diese Problematik hin.

Pflegermisere: Profitgier auf Kosten der Alten und des Personals

In der Steiermark ist die Mehrzahl der Pflegeheime bereits in der Hand profitorientierter Betreiber. Pacher: „Die Kräutergarten-Gruppe des BZÖ-Politikers Harald Fischl

streift allein für ihr Heim in Knittelfeld im Jahr 400.000 Euro an Management-Gebühren ein!“ Dieses Geld kommt großteils von der öffentlichen Hand und den Angehörigen der Pflegeheimbewohner. Die KPÖ tritt dafür ein, dass nur mehr die öffentliche Hand und gemeinnützige Träger Pflegeheime betreiben dürfen.

Immer schlimmer wird auch die Personalknappheit: „In vielen Heimen sind die alten Menschen mit überforderten und schlecht bezahltem Personal konfrontiert! Wir brauchen dringend mehr Personal.“ Der Personalstand wird durch die Personalschlüsselverordnung geregelt.

Kontrollen gefordert

Trotz der Personalmisere darf in der Steiermark der geforderte Mindestpersonalstand

noch um bis zu zehn Prozent unterschritten werden. Pacher sprach auch die viel zu laschen Kontrollen der Heime an. „Mindestens einmal im Quartal sollte jedes Heim unangemeldet kontrolliert werden, auch in der Nacht und am Wochenende.“

Generell, so Pacher, müsste den Menschen so lange wie möglich die Chance gegeben werden, in den eigenen vier Wänden zu leben. Dafür sei ein Ausbau der mobilen Dienste zu leistbaren Preisen ein Gebot der Stunde. Pacher: „Gewinnstreben hat in der Altenpflege nichts verloren!“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at



Eine liebevolle Betreuung im Lebensabend erwartet man von den Pflegeheimen. Die Realität schaut anders aus: Weil die (immer öfter) privaten Betreiber gutes Geld verdienen wollen, wird beim Personal gespart. Das vorhandene Personal ist klarerweise überlastet und genervt, auf der Strecke bleiben die Heimbewohner. Dafür verdienen sich die Betreiber eine goldene Nase.

IM LANDTAG

szeit – Heizöl

Landarbeiter: Arbeitszeit wird ausgeweitet

Die KPÖ stimmte im Landtag gegen eine von SPÖ und ÖVP vorgeschlagene Änderung des Landarbeitsgesetzes. Durch die Änderung kommt es zu einer massiven Verlängerung der Arbeitszeit der Landarbeiter. Die tägliche Normalarbeitszeit kann bis zu zehn Stunden ausgeweitet werden, die Wochenarbeits-

zeit auf bis zu 60 Stunden. Renate Pacher (KPÖ): „*Ich appelliere vor allem an die Gewerkschafter hier im Landtag, diesem Angriff auf die Rechte der Landarbeiter nicht zuzustimmen!*“ Die ÖVP rechtfertigte ihre Zustimmung mit den Vorgaben der EU, außerdem sei das Gesetz vom ÖGB abgesegnet worden.

Senkung der Steuer auf Heizöl!

Eine Steuersenkung bei Heizöl wäre für viele Menschen eine wichtige Hilfe, trotz der extrem hohen Preise im nächsten Winter nicht im Kalten sitzen zu müssen. Die KPÖ setzte sich im Landtag für eine Steuersenkung bei

Heizöl ein. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg: „*Viele Menschen haben vor dem kommenden Winter Angst. Die explodierenden Heizölpreise machen das Heizen immer mehr auch für Durchschnittsverdiener unerschwinglich!*“



KOMMENTAR

Schützt die Väter!

VON KPÖ-LABG. CLAUDIA KLIMT-WEITHALER



Vor kurzem ließ die SPÖ im Landtag mit einem Antrag aufhorchen: Sie wollte, dass die Bundesregierung den Vaterschutzmonat einführt. Väter sollen künftig also, ebenso wie Mütter, nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf einen bezahlten freien Monat haben, in dem sie sich um den Nachwuchs kümmern können. Die Realisierung dieses Antrages würde einen Riesenschritt in Richtung Gleichstellung von Männern und Frauen tun!

Die SPÖ ist im „Vordenken“ eine wahrliche Meisterin, im „Umsetzen“ jedoch hat sie noch nicht einmal „Lehrlingsstatus“ erreicht. Auch im Fall Vaterschutzmonat ist es wieder einmal so gewesen. Die Bundesregierung tat uns nämlich kund, mit dem Kinderbetreuungsgeld neu habe man bereits vieles zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beigetragen, ein Vaterschutzmonat sei sinnvoll und wünschenswert, derzeit aber mit dem Koalitionspartner nicht durchführbar. Und

was macht die SPÖ Steiermark dann? Nichts. Sie nimmt die Stellungnahme der Bundesregierung kommentarlos zur Kenntnis.

Wenn wir etwas daran ändern wollen, dass Kinderbetreuung zu Hause ebenso, wie auch in Institutionen nicht beinahe ausschließlich Aufgabe von Frauen bleibt, müssen wir es zur „Männersache“ erklären. Es gibt viele Väter, die gerne bei ihren Kindern zu Hause bleiben möchten, es aber aus unterschiedlichen Gründen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen nicht tun.

Die KPÖ hat gefordert, die Steiermark solle Unternehmen fördern, die Väter bei der Kinderbetreuung unterstützen (z.B. durch zusätzliche Urlaubstage nach der Geburt eines Kindes) und bei der nächsten Landeshauptleutekonferenz eine Initiative zum Vaterschutzmonat bundesländerübergreifend starten. Gute Ideen reichen alleine eben nicht aus – handeln statt reden!

POLITIK GEGEN DIE BEVÖLKERUNG

Gewaltige Erhöhung der Mieten steht bevor

Die Strache-FPÖ ist nicht auf der Seite der Bevölkerung. Das hat sie am 3. Juli im Gemeinderat von Graz gezeigt. Dort lehnte sie einen Mietzinsstopp und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten ab, weil das den Hausherren schade. Die KPÖ hatte dringend Maßnahmen gegen das teure Wohnen gefordert. Die FP sieht

das anders – so wie auch die ÖVP, die SPÖ und die Grünen. „*Wohnen wird immer teurer, im Herbst steht ein enormer Preissprung bei den Mieten ins Haus. Die meisten Parteien haben den Ernst der Lage nicht erkannt oder keinen Kontakt mit den betroffenen Menschen*“, bedauert die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Neuwahl 2008: Was ist nach der Wahl?

1 EU-Wahn wird fortgesetzt

Das ist der Lissabonner EU-„Reformvertrag“:

- Der Vertrag verlagert noch mehr Macht in die europäische Zentralgewalt – Österreich hat dann in über 105 Fällen kein Einspruchsrecht mehr.
- Er führt zur Schaffung einer gemeinsamen Außenpolitik: Die Supermacht Europa würde Realität.
- Er unterminiert die österreichische Neutralität und verpflichtet zu gemeinsamer Aufrüstungs- und Kriegspolitik.
- Er beschneidet Österreichs Mitspracherechte in der EU.
- Er macht das Atomsperrgesetz zu Altpapier.
- Er bringt eine massive Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten (z.B: Verfolgung von Tierschützern; Fingerabdrücke).

Der Beschluß von Neuwahlen ändert nichts daran, dass die Großparteien und nach der Wahl mit mehr oder weniger geändertem Personal das fortsetzen wollen, was sie auch bisher gemacht haben. Da hilft nur eines: Die Schaffung einer Koalition für ein soziales Österreich. KPÖ – die sozialistische Linke.

2 Pensions-„automatik“

„Pensionsautomatik“ bedeutet: Erhöhung des Pensionsalters, Senkung der Pensionen und höhere Pensionsbeiträge. **Wir brauchen aber armutsfeste Pensionen!**



3 Billigmedizin

Eine Gesundheitsreform, die krank macht. Selbstbehalte, Unsicherheit, Druck auf Mediziner/innen und Pfl-

gepersonal!
Wir brauchen aber eine kostenlose Gesundheitsvorsorge, die den Menschen hilft!



4 Sozialabbau: Länger arbeiten – weniger Geld

Die EU befiehlt, Österreichs Politiker gehorchen. So werden soziale Rechte unterhöhlt: Bei der Arbeitszeit, bei den Pensionen.

Wir brauchen aber ein Sozialsystem das die arbeitenden Menschen wirksam schützt!



5 Untergrabung der Neutralität

Die Regierung ist im Tschad dabei und subventioniert mit den Eurofightern den europäischen Luftfahrtkonzern EADS. Fürs Bundesheer und die Neutralität bleibt nichts mehr übrig.

Ist wirklich alles zu teuer? Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Umfrage zur Preisexplosion:

Verlost werden T-Shirts und andere Sachpreise.

Sind die Preise zu hoch? Und kann man etwas dagegen unternehmen oder nicht? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Preisanstiege sind kein Schicksal. Preise können auch reguliert werden.
- 2.) Der Markt wird die Preise von selbst wieder nach unten korrigieren.
- 3.) Eine amtliche Preisregelung könnte eine Preisexplosion verhindern.

Weitere Vorschläge:

.....

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An die

**Steirische
Volksstimme**

c/o KPÖ-Steiermark
Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 0316/ 71 62 91



Foto: (CC dalmet, FLICKR)

Hauptsache billiger: Gesehen bei Eurospar Kapfenberg.

Die Kosten für das tägliche Leben explodieren. Egal ob Essen, Trinken, Strom, Heizung oder Sprit – es heißt, gewaltig in die Tasche zu greifen. Die Hauptursache dafür ist die Spekulation mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Ist das alles unser Schicksal? Oder lässt sich dagegen etwas unternehmen. Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Koalition für ein soziales Österreich

DIESMAL KPÖ

Vom Regen in die Traufe

Wieder Nationalratswahl. Uns bleibt nur die Wut auf das neuerliche Versagen der hochbezahlten „Spitzenpolitiker“ der Regierungsparteien.

Was haben die knapp zwei Jahre gebracht, in denen SPÖ und ÖVP regiert haben? Die Studiengebühren wurden nicht abgeschafft. Die Eurofighter wurden nicht abbestellt. Wir haben die höchste Inflation seit 50 Jahren. Strom, Heizöl, Gas leeren die Geldtaschen der Österreicher/innen so stark, dass viele nicht mehr auf Urlaub fahren können. Der soziale Klimawandel trifft die sozial Benachteiligten am Härtesten.

Die SPÖ lässt nach dem BAWAG Urteil wieder Gewerkschafter ins Parlament, an ihrer Spitze steht aber jener Mann, der mit dem Köpftausch bei ÖBB und Asfinag Millionen an Abfertigung für deren Alt-Manager verschleudert hat.

Ebenso die ÖVP: Sie schützt weiter nur die Oberen Zehntausend, kämpft gegen eine Besteuerung von deren Vermögen und Spekulationsgewinnen. Ihre Nibelungentreue zur EU hält sie für einen Bonus.

Daneben rittern noch eine ganze Reihe von Parteien um Plätze an den politischen Futtertrögen im nationalen und europäischen Maßstab. Höchste Zeit, dass jemand anbietet, was die Leute wirklich brauchen.

KPÖ-Ernest Kaltenecker, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at



Suche nach einer Koalition für ein sozial gerechtes Österreich. Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenecker von der steirischen KPÖ könnte Unterstützung auf Bundesebene brauchen. Im Bild: Das gemütlichste steirische Volksfest mit Welt-Musik gibt es auch heuer wieder, und zwar am 6. September im Volkshaus Graz (freier Eintritt) – Genaues Programm auf Seite 22.

Eine andere Wahl ist möglich

Im österreichischen Parlament ist derzeit keine politische Kraft vertreten, die sich für die arbeitenden Menschen einsetzt, die von der herrschenden Politik benachteiligt und entrechtet werden. Auf der einen Seite gibt es Sozialabbau, Rekordinflation und wachsende Armut – auf der anderen Seite gibt es auch in Österreich immer mehr Millionäre und Superreiche.

Heute spüren wir die Folgen der weltweiten Spekulation auf Lebensmittel und Erdöl in unseren Geldtaschen. Der Kapitalismus produziert sagenhaften Reichtum für eine Minderheit und er produziert Hunger und Elend für sehr viele.

Die steirische KPÖ versucht im Landtag, in den Rathäusern,

in Arbeiterkammer und Betriebsräten die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten und Alternativen aufzuzeigen. Es ist gut für die Bevölkerung, dass die steirische KPÖ aufdeckt, was andere verschweigen. Die Mandatare der KPÖ verwenden einen großen Teil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke.

Die steirische KPÖ sieht sich als Partei für das tägliche

Leben der Menschen und für die großen Ziele der Arbeiterbewegung. Wir können unsere Vorhaben aber nur dann verwirklichen, wenn auch Sie, lieber Leserinnen und Leser mit uns aktiv werden.

Melden Sie sich bitte bei uns unter Tel. 0676 6132 771 oder über E-Mail unter volksstimme@kpoe-steiermark.at

in Stadt



Land

sozialistische

KPÖ-LINKE



SIEBEN JAHRE – SCHULDEN WEG! PRIVATKONKURS IST EIN RECHT!

Raus aus der Schuldenfalle!



Immer mehr Menschen schlittern in die Schuldenfalle. Ist die Rückzahlung aussichtslos, kann man Privatkonkurs anmelden.

Die Alleinerzieherin Martha S. hat während ihrer Ehe gemeinsam mit ihrem Mann einen Kreditvertrag unterschrieben. Obwohl sie von dem Geld nie einen Cent gesehen hat, holt sich die Bank jetzt von ihr jeden Euro, den sie bekommen kann. Der Schuldenberg wächst und

wächst. Schließlich weiß sie nicht ein noch aus. Immer mehr Menschen tappen wie Frau S. in die Schuldenfalle.

Steigende Schuldenmisere

Hohe Überziehungsrahmen bei den Banken zu Wucherzinsen, Kredite für Konsumgüter wie Wohnungseinrichtungen oder Einkauf im Versandhandel von Gütern des täglichen Bedarfs führen für viele Menschen in die Schuldenfalle. Banken und Handelskonzerne vergeben leichtfertig Geld, das durch keinerlei Werte wie Immobilien abgesichert ist – kein Wunder, stellt doch das österreichische Rechtssystem ein kostenloses Eintreiber-System in Form der Bezirksgerichte zur Verfügung.

Wer einen Privatkonkurs beantragt, muss eine ganze Reihe von Auflagen erfüllen.

Ein Besitz darf nicht mehr vorhanden sein. Der Schuldner muss sieben Jahre den pfändbaren Teil seines Einkommens zur Schuldentilgung aufwenden. Auch wenn nichts pfändbar ist, ist der Privatkonkurs möglich, wenn der Schuldner freiwillige Zahlungen aus dem Existenzminimum leistet. Tut er/sie das, ist er/sie nach sieben Jahren schuldenfrei. Kostenlose, öffentlich finanzierte Hilfe bietet die Schuldnerberatung an: Siehe Infokasten.

Monatelange Wartezeit

Allerdings beträgt die Wartezeit für einen Termin derzeit rund fünf Monate. Ein Umstand, der viele Schuldner resignieren lässt oder zu profitorientierten Schuldnerberatungen treibt. Die KPÖ tritt dafür ein, dass in der Steiermark eine wirkungsvolle Schuldnerberatung geschaffen wird, die jedem/jeder hilft, der/die es braucht.

„Eine von uns seit Jahren geäußerte Forderung ist, dass das Existenzminimum (Grundbetrag derzeit 747,- Euro) auf über 1.000,- Euro angehoben wird.“

Christof Lösch, Leiter der Schuldnerberatung

TIPPS FÜR SCHULDNER

1. Am wichtigsten ist das Dach über dem Kopf. Daher: Miete, Strom und Unterhaltsleistungen zuerst zahlen.
2. Keine Schulden aus dem Existenzminimum zahlen, d.h. sich von Gläubigern nicht unter Druck setzen lassen. Wichtiger ist in diesem Fall, dass man auf sich und die Kinder schaut.
3. Oft werden Gelder (z.B. Familienbeihilfe, Existenzminimum) unbefugt von der Bank einbehalten. Wechseln Sie die Bank! Es gibt Banken, die spezielle Konten für Schuldner/innen anbieten.
4. Keinesfalls neue Schulden machen!

INFORMATION UND BERATUNG

Web: www.schuldnerberatung.at

oder: www.privatkonkurs.at

Schuldnerberatung Steiermark GmbH:

Schuldenberatung Graz / Zentrale

Annenstraße 47, Graz

Tel: 0316 / 37 25 07

Schuldenberatung Kapfenberg

Wienerstraße 60, Kapfenberg

Tel: 03862 / 27 500

Sprechstunden in den Bezirksstädten nur nach Terminvereinbarung.

Caritas-betreute Schuldner jeden Montag im Caritas-Sozialzentrum Graz,

Keplerstraße 82. Tel.: 0316/8015-300.



Die Schuldenlast kann erdrückend sein. Wer in den Privatkonkurs geht, ist nach sieben Jahren schuldenfrei. (foto: flickr)



Lagerfeuer als einzige Alternative zu extremen Energiekosten?

TEURE ENERGIE ERHÖHT WOHNKOSTEN

200 Euro mehr für Strom und Heizung

Der nächste Preisschub hat uns erfasst: Strom wird ebenso teurer wie Gas. Heizöl steigt mit dem Spritpreis, Fernwärme wird bald folgen: Die Betriebskosten beim Wohnen steigen.

Energie wird weiter teurer. Groß war der Aufschrei über den Anstieg bei den Stromkosten, die seit Anfang Juli einen Durchschnittshaushalt knapp 50 Euro pro Jahr mehr kosten. Noch dicker kommt es nun für die 70.000 Kunden der Gaswärme, die ab Herbst einen Preisanstieg von bis zu 20 % fressen müssen. Das sind um rund 150 Euro pro Jahr mehr.

Der Gaspreis ist an jenen des Erdöls gekoppelt. Weil der Ölpreis ohnehin hoch ist

und immer weiter steigt, steigt auch der Preis für das Gas. Der Deutsche Energiekonzern E.ON hat aus diesem Grund schon im Mai verlautbart, dass der Gaspreis um 25 % steigen wird. Weil Fernwärme zu einem Gutteil aus Erdgas gemacht wird, steht auch hier ein Preisanstieg bevor.

Auch beim Heizöl hat die Teuerung voll zugeschlagen. Bekam man zu Jahresbeginn 100 l noch um 79 Euro, so muss man derzeit 104 Euro dafür blechen (eine Steigerung um 30 %). Vergleichsweise günstig ist da noch der Anstieg beim Strompreis, der freilich immer noch Mehrkosten von rund 50 Euro pro Jahr bringt.

In Summe kosten Heizung und Strom um dann rund 200 Euro mehr pro Jahr!

HÖHERE POLITGEHÄLTER SEIT 1. JULI

15.244 Euro für den Landeshauptmann

Um 1,7% stiegen die Politgagen. Bundespräsident Fischer verdient mehr als George Bush.

Österreichs Politikerkaste bedient sich besonders unverschämt selbst. Die sogenannte „Politiker-Einkommenspyramide“ ist hoch angesetzt: International liegen unsere Politvertreter im Spitzenfeld. Großbritanniens Regierungschef Gordon Brown bekommt um 50.000 Euro weniger als Nochkanzler Gusenbauer, der sich für 20.400 Euro pro Monat das „Gesudere“ seiner Parteikollegen und anderer anhören musste.

Der amerikanische Präsident George Bush bekommt mit 400.000 Dollar pro Jahr (rund 260.000 Euro) deutlich weniger als sein Pendant Heinz Fischer in Österreich, der 319.872 Euro brutto pro Jahr (oder 22.848 Euro pro Monat) überwiesen bekommt.

Supergehälter

Da lässt man sich etwa in Graz nicht lumpen und zahlt trotz riesiger Verschuldung für Bürgermeister und Vizebürgermeisterin zusammen ebensoviel wie die Republik für den Bundespräsidenten.

KPÖ: Hilfe in Notlagen

„Die Einkommen der Politiker sollen sich an denen von Facharbeitern orientieren.

Die Politiker in Österreich sagen immer: „Wir leben in einem der reichsten Länder“. Wahrscheinlich denken sie nur an ihre eigenen Einkommen.

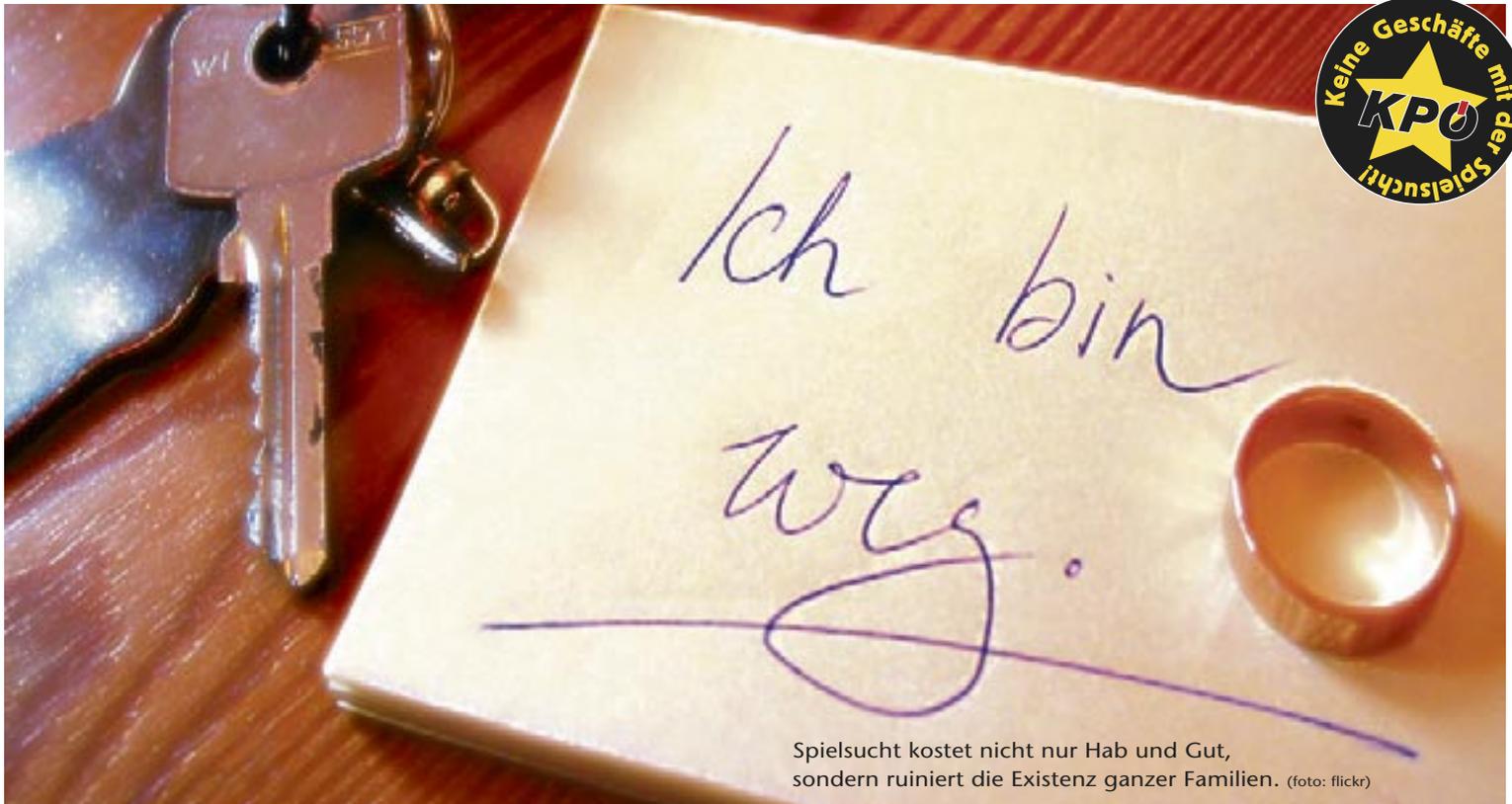
Dann könnten sie sich ein Leben mit normalem Einkommen besser vorstellen“, so

KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Die KPÖ-Abgeordneten im Landtag und in Graz gehen mit gutem Beispiel voran. Sie behalten nur einen Teil ihres Politgehalts, der Großteil wird für Steirerinnen und Steirer in dringenden Notlagen aufgewendet. Oder auch dazu, den Menschen zur ihrem Recht zu verhelfen.

alle Bezüge monatlich brutto

Funktion	bisher, Euro	neu Euro	seit Juli 08 in Schilling
Bundespräsident	22.466	22.848	314.395
Bundeskanzler	20.059	20.400	280.710
Minister	16.047	16.320	224.568
Landeshauptmann	15.244	15.504	213.339
Landesrat	13.640	13.872	190.882
Nationalratsabgeordnete/r	8.024	8.160	112.284
Landtagsabgeordnete/r	5.215	5.304	72.984
Bürgermeister Graz	12.436	12.648	174.040
Vizebürgermeisterin Graz	10.430	10.607	145.955
Bürgermeister Leoben	6.821	6.936	95.441
Bürgermeister Weiz	4.172	4.243	58.385

Die „Gehaltspyramide“ für österreichische Politiker/innen ist hoch angesetzt. Nur in Italien sind die Politeinkommen höher.



Spielsucht kostet nicht nur Hab und Gut, sondern ruiniert die Existenz ganzer Familien. (foto: flickr)

GLÜCKSSPIEL: DIE LOCKMETHODEN DER AUTOMATEN-BETREIBER

So werden Spieler geködert

Die Dichte an „einarmigen Banditen“ in der Steiermark nimmt stetig zu. Gelegenheitsspieler bringen der Branche kaum Gewinn. Damit Spielen zur Sucht wird, helfen die Betreiber der meist rund um die Uhr geöffneten Spielhöhlen mit verschiedenen Tricks nach...

In einem steirischen Einkaufszentrum: Zwei ältere Damen schlendern durch die Passage. Plötzlich werden sie von einem netten Herren angesprochen: „Wollen's net einmal probieren?“, fragt er und deutet auf einen Spielautomaten. Eine der Damen kichert: „I hab ja noch nie gespielt“, gesteht sie. Doch der Herr beschwichtigt mit den Worten: „Aber das ist gar nicht so schwer. Ich zeig's Ihnen.“ Er holt ein paar Jetons aus der Tasche, die er den Damen schenkt, und komplimentiert sie zum Automaten.

Immer massiver werben die Glücksspielbetreiber um die Gunst ihrer Kunden.

So beginnt's...

Werbeplakate und -spots sind schon lange nicht mehr die einzigen Mittel, um an „Frischfleisch“ heranzukommen. Wettcafé-Besucher, die nur auf ein Getränk in das Lokal kommen, werden mit Spieljetons in Versuchung gebracht, die man gratis zum Getränk dazubekommt. Beliebte sind auch Rubbellose, mit denen man kleinere Spielguthaben gewinnen kann.

„Beim ersten Mal gewinnt man meistens, weil man wenig riskiert“, weiß Karl S., ein ehemaliger Spielsüchtiger. „Wenn

man öfter spielt, steigt die Risikobereitschaft.“

Zweifelhafte Geschenke

Das wissen die Automatenbetreiber, und deshalb gibt es einige Tricks, mit denen Spieler bei der Stange gehalten werden. Eine gängige Praxis ist z.B. die Buchung von Automaten Guthaben aufs Handy. Wer 20 Euro investiert, bekommt beispielsweise 50 Euro vom Spielsalon „dazugeschenkt“. Tatsächlich werden diese 50 Euro im Falle eines Gewinnes wieder abgezogen – ein zweifelhaftes Geschenk.

In vielen Spielhöhlen sorgen Öffnungszeiten rund um die Uhr dafür, dass es keine Grenzen für das Geldverspielen gibt. Oft werden die Spieler/innen mit Gratisgetränken versorgt.

Spielen bis zum Ruin

Ist man der Spielsucht einmal verfallen, beginnt ein Teufelskreis. „Jedesmal, wenn ich das Automatencafé betreten habe, war ich adrenalingesteuert, in absoluter Hochstimmung. Wie im Fieber habe ich gespielt. Wenn das ganze Geld weg war, fühlte ich mich, als würde plötzlich jemand das Licht ausknipsen. Doch schon am nächsten Tag kehrte ich zurück. Ich wollte das verlorene Geld zurückgewinnen. Das passierte aber nie, denn jeden Gewinn habe ich sofort wieder in den Spieautomaten gesteckt“, erzählt Herr S.

Die KPÖ mit Ernest Kaltenegger kämpft im Landtag für wirksame Hilfsmaßnahmen für Spielsüchtige und deren Familien, die oft besonders unter der Sucht der Angehörigen leiden. Kontakt: KPÖ-Landtagsklub, Tel. 877-5102.

Informieren Sie sich im Internet unter:
<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>

KEINER ZAHLT BAUSCHÄDEN

Traumhaus wurde zum Albtraum

Wegen eines Baufehlers ist die Glasfassade defekt. Seit drei Jahren kämpft eine Familie um die Behebung des Schadens.

Der Traum vom neuen Passivhaus wurde für die Familie N. aus Gleisdorf zum aktiven Albtraum. Gleich mehrmals hatte Herr N., ein Häuslbauer mit Erfahrung, Pech mit seinem neuen Domizil, dass so gar kein passives Dasein zulassen will. Seit Jahren trifft er sich mit diversen Firmen vor Gericht und hofft endlich auf eine Lösung aller Probleme.

Dabei hat 2004 alles gut angefangen. Herr N. entdeckte per Inserat das neue Velox-Passivhaus. Da er bereits ein

Velox-Haus gebaut hat, sah er im neuen Passivwerk alle Träume gebündelt. Flugs wurde der Bausatz gekauft, das Haus aufgestellt. Die schicke Glasfassade der Firma Metallbau Scheiflinger (MBS) zieht seither den Internetauftritt dieses Unternehmens.

Doch die Funktion der Fassade kann mit der Form nicht mit. Weil das für den Rohbau zuständige Unternehmen das Haus mit Spannungen in der Unterkonstruktion aufgestellt hat, sind später Glaselemente gebrochen, Wasser tritt ein. 7.000 Euro hat Herr N. bisher für Anwälte und Gutachten gezahlt, 15.000 Euro kostet die Reparatur.

Laut Gutachten liegt die Ursache allen Übels allein an der fehlerhaften Unterkonstruktion.

„Das Gericht hat festgestellt, dass es nicht unsere Aufgabe sein kann, die Tragfähigkeit der Unterkonstruktion zu bewerten. Dann wären wir ja Statiker und keine Metallbauer“, sagt Herr Scheiflinger von MBS. Laut Gericht müsse jene Firma für den gesamten Schaden aufkommen, welche das Haus errichtet habe. Was nicht geht, weil die inzwischen in Konkurs gegangen ist.

Der Hausherr würde deshalb die Reparatur der Unterkonstruktion zahlen. Und er hofft auf ein Entgegenkommen von der Firma MBS, weil die Glasfassade abgebaut, repariert und wieder aufgebaut werden muss. Diese Kosten sprengen aber das Budget von Herrn N. Im September trifft man sich wieder im Gerichtssaal.



Schaut toll aus, aber Fehler in der Unterkonstruktion trüben die Freude: Das Haus Neuhold in Gleisdorf.

KURZ GESAGT

Irre Honorare

Die Landesregierung gibt Unsummen für Berater aus, wie der Landesrechnungshof kritisiert hat. Zwischen 2004 und 2006 gab man mehr als 74 Millionen Euro für „Leistungen außer Haus“ aus. 3,5 Millionen davon sind echte Beraterkosten. Es gibt keine Angaben darüber, ob diese hohen Ausgaben zweckmäßig und notwendig waren. Vor allem meint man, dass das Land zu sorglos mit Geld umgehe.

„REGIONEXT“ durchgepeitscht

Mit den Stimmen der Großparteien wurde das Projekt Regionext durchgepeitscht. Kleingemeinden können zu größeren Regionen zusammengefasst werden. Ein Demokratieabbau ist zu befürchten. Die Kleinen werden dann wohl gar nicht mehr gefragt. Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Regionext schränkt die Gemeindedemokratie langfristig stark ein.“

Genauer gesagt: Anzahlung bei Mietkauf-Wohnungen

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über Mietkauf-Wohnungen. Für Verwirrung sorgte unsere Feststellung, dass man die Anzahlung (meist als Finanzierungs- und/oder Grundkostenanteil bezeichnet) zurückbekommt, wenn man nicht kauft. Tatsächlich erfolgt eine Rückzahlung dieses Kostenanteils beim Kaufverzicht erst zu dem Zeitpunkt, zu dem man aus der Mietkaufwohnung auszieht. Wer das Objekt beispielsweise erst nach 14 Jahren verlässt, bekommt den um 14 % verringerten Anzahlungsbetrag zurück, wer darin wohnen bleibt, hat keine Chance, die Anzahlung zurückzubekommen.

KOMMENTAR



Die Ware Arbeitskraft



Von Peter Scherz
Arbeiterkammerrat des GLB:

Viel hat sich in den letzten Jahren auf dem Arbeitsmarkt geändert. Doch trotz aller technischen Errungenschaften und Möglichkeiten ist eines gleich geblieben: Der bereits von Karl Marx beschriebene Grundsatz der Wirtschaft, dass die Arbeitskraft nur eine Ware ist.

Denn wären all die erzielten Errungenschaften geschaffen worden, um den Menschen zu dienen und nicht der Profitmaximierung, dann würden nicht immer weniger Menschen immer mehr, sondern viel mehr Menschen immer weniger arbeiten müssen.

Dann müsste man auch nicht den Leuten erzählen, eine 65-Std-Woche sei eine soziale Errungenschaft. Die Arbeit gerechter zu verteilen, das wäre eine soziale Errungenschaft und nebenbei das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

Stattdessen wird geschachtelt, wo es nur geht. Sobald es um Lohnerhöhungen für die Beschäftigten geht, bricht scheinbar die Wirtschaft zusammen. Wenn die Arbeiter aber unter der allgemeinen Teuerung zusammenbrechen, dann interessiert das niemanden.

Woran es krankt, das wusste schon der gute alte Marx. Und er hatte Recht, denn:

Eine gerechte Verteilung gibt es nämlich nur unter einer Voraussetzung: Der Mensch muss an erster Stelle stehen, nicht der Profit. Darüber sollte man nachdenken,

meint *Ihr Peter Scherz*



Die Supermacht EU treibt globalisierte Ausbeutung von Mensch und Natur voran: Längere Arbeitszeiten, Leiharbeit, schlecht bezahlte Teilzeitjobs, Lohndumping. Der Druck auf die Beschäftigten steigt. Löhne und Sozialstandards sinken, Manager und Konzerne kassieren immer mehr...

Bis zu 65 Stunden pro Woche soll man künftig in der EU arbeiten dürfen – und das ganze Jahr. Geplante Regelarbeitszeit: 48 Stunden. Wirtschaftsminister Bartenstein bezeichnete diese Einigung in Brüssel als „einen Durchbruch zum sozialen Europa.“ In Österreich ist es nur eine Frage der Zeit, bis aus den geleisteten Überstunden Normalarbeitszeit wird.

Mehr Überstunden

Im Vorjahr machten 822.000 Beschäftigte insgesamt 375 Millionen Überstunden. Zwischen 2004 und 2007 stieg die Anzahl der Beschäftigten, die über den Kol-

lektivvertrag hinausgehende Arbeitsstunden leisteten, um 26,8 %. Umgerechnet auf eine 40-Stunden-Woche könnten fast 190.000 Personen zusätzlich beschäftigt werden.

Schein-Selbstständigkeit

Um der drückenden Arbeitsplatznot und den Schikanen des AMS zu entkommen, werden viele Arbeitssuchende zu „Unternehmern“ in eigener Sache. Bereits jedes zweite der rund 53.000 Mitgliedsunternehmen der Wirtschaftskammer ist ein Ein-Personen-Unternehmen. Viele Arbeitsschicksale sind durch Selbstausbeutung und notorische Unterbezahlung

gekennzeichnet. Oft ist es bis zu Burn-Out und Pleite nur ein kleiner Schritt.

Teilzeitarbeit

Als „Sklavenarbeiter der modernen Zeit“ haben Arbeitnehmervertreter die Teilzeitbeschäftigten bezeichnet. Rund 800.000 sind es derzeit in Österreich, 85 % von ihnen sind Frauen. Der Vorteil für die Wirtschaft: Teilzeitkräfte sind flexibel einsetzbar und billiger. Bereits jede/r zwölfte Beschäftigte ist geringfügig beschäftigt. Die Zahl jener, die monatlich nicht mehr als 349,01 Euro verdienen, ist seit Jahresanfang um 13.000 gestiegen. Geringfügige sind weder kranken- noch arbeitslosenversichert.

Billige Fachkräfte

Die Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Fachkräfte verstärkt den Druck. Mit Jahresbeginn wurden 50

Arbeit, Brot

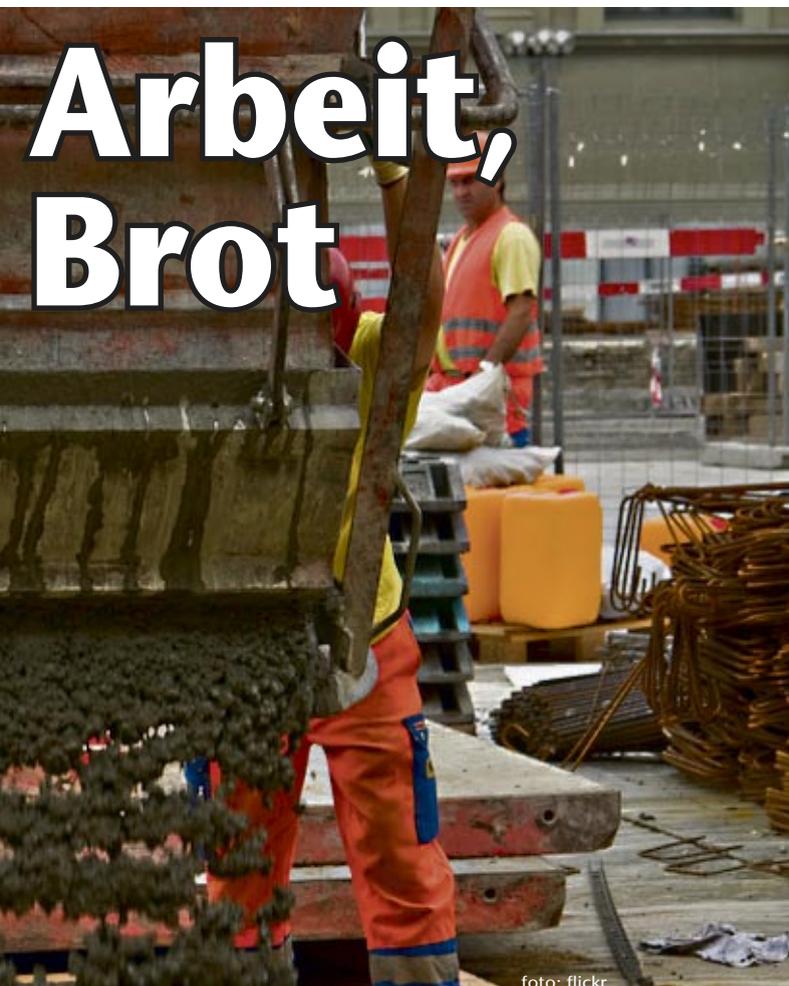


foto: flickr

Berufsgruppen zugelassen, jetzt sollen noch 15 Berufe dazukommen. Begründet wird dies damit, dass mehr offene Stellen aufscheinen als arbeitssuchende Fachkräfte vorhanden sind. Tatsächlich entfallen die meisten ausgeschriebenen Stellen auf Personalverleiher, deren tatsächlicher Bedarf sich nicht immer mit den offiziellen Angaben deckt.

Zeitarbeit

Bereits jede fünfte offene Stelle beim AMS ist eine Zeitarbeitsstelle. Die modernen Arbeitsnomaden, im Juli 2007 bereits 66.688 Personen, bleiben durchschnittlich nur zwischen drei und sechs Monate in einem Unternehmen. Liegt kein Angebot für einen Leiharbeiter vor, wird gekündigt. Eine prekäre Beschäftigung also, mit ungewisser Zukunft für die Betroffenen.

Einkommensschere

Auf das unterste Fünftel der unselbstständig Beschäftigten fallen nur 2,2 % der gesamten Lohneinkommen, auf das oberste hingegen 46,5 %. Gemessen am allgemeinen Wohlstand zählen aber alle Unselbstständigen zu den Verlierern. So sanken die Realeinkommen zwischen 1995 und 2007 um 1,7 %, das unterste Fünftel verlor 19 (!) %.

Manager bedienen sich

4,42 Millionen Euro gönnte sich Erste-Bank-Chef Andreas Treichl im Jahr 2007. Im Schnitt verdienten die Chefs 2006 41mal so viel wie ihre Mitarbeiter. Ihre Gagen stiegen 2007 im Vergleich zum Jahr davor um satte 17 Prozent. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen hingegen wurde um jeden Cent gefeilscht.

Zukunftsängste

56 % der ÖsterreicherInnen glauben laut einer Umfrage der EU-Kommission, dass es ihnen in 20 Jahren schlechter gehen wird als heute. 57 % rechnen mit einem geringeren Einkommen. 70 % befürchten, sich in 20 Jahren weder das Wohnen noch die medizinische Grundversorgung leisten zu können. Fast ebenso viele sehen nicht einmal mehr eine fundierte Ausbildung als Jobgarantie.

EU-Sozialdumping

Wählt ein Konzern seinen Sitz in einem EU-Land mit niedrigen arbeitsrechtlichen Standards, beschäftigt aber seine Leute in einem anderen EU-Staat, kann er dort das nationale Arbeitsrecht unterlaufen, weil er nur wenige Mindeststandards dieses Staates übernehmen muss. Der Europäische Gerichtshof leistet mit seinen Entscheidungen dem Profithunger multinationaler Unternehmen vehement Vorschub.

Burn-Out

Größer, schneller, mehr... Alles wird dem Diktat der Profitmaximierung unter-

worfen. Rationalisierung und Kostendruck treiben immer mehr Beschäftigte in den Leistungs-Wahnsinn. Bei gleichbleibenden Ressourcen und in immer weniger Zeit sollen immer mehr Aufgaben bewältigt werden. Sind die Beschäftigten ausgebrannt, weil die jahrelange Überforderung, Unterbezahlung und mangelnde Anerkennung sie kaputtgemacht haben, werden sie einfach aussortiert.

Lebenslanges Arbeiten

2003 unter der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierung einigte man sich auf eine Pensionsreform mit weitreichenden Konsequenzen: Sinkende Pensionsleistungen, steigendes Pensionsalter. 2033 werden Männer wie Frauen erst mit 65 Jahren in Pension gehen dürfen. Doch damit nicht genug, werden immer weitere Angriffe auf das Recht auf bezahlten Ruhestand gestartet (z. B. Pensionsautomatik, Abschaffung der Hacklerregelung). Es sei eben nicht genug für alle da, heißt es, obwohl Produktivität und Unternehmensgewinne in Österreich steigen. Doch dieser Wohlstand soll nur einigen wenigen zugute kommen..



Sieht so die Zukunft unserer Arbeitswelt aus?
foto: flickr

MIT „MINDESTSICHERUNG“ KOMMT ARBEITZWANG

Waldarbeit für „Arbeitsmarktferne“



Viele Langzeitarbeitslose haben ihre Arbeit krankheits- oder altersbedingt verloren. Dass die körperlich schwere und gefährliche Tätigkeit der Forstarbeiter die richtige Alternative ist, muss ernsthaft bezweifelt werden.

Projekte zur Reintegration Arbeitssuchender nehmen immer häufiger die Gestalt von Zwangsmaßnahmen ohne Nutzen für die Betroffenen an.

Herr Flex* ist Maschinenschlosser. Die Ausbildung hat er seinerzeit mit Auszeichnung absolviert. Dann verlor er seinen Job. „Als Alleinerzieher kam ich für Schichtarbeiten nicht in Frage. Aber mit einer besseren Qualifizierung rechnete ich mir gute Chancen aus“, so Herr Flex.

Doch beim AMS stieß er mit seinem Wunsch auf taube Ohren. Sämtliche von ihm konkret angestrebten Ausbildungen (CNC-Dreher-Ausbildung, Schweißerkurs, Hydraulik-Pneumatik-Schulung) wurden abgelehnt.

„Statt mich dabei zu unterstützen, dass ich in meinem erlernten Beruf weiterarbeiten kann, was ich ja wollte, wurde ich in eine Kursmaßnahme »zur speziellen Abklärung der beruflichen Situation« gesteckt“, klagt Herr Flex.

Aber das Wissen, was man will, wird in Zukunft noch weniger gefragt sein. Mit Juli 2009 kommt die Mindestsicherung, und in diesem Zusammenhang sind regelrechte Beschäftigungszwangsmaßnahmen geplant.

Ein Beispiel: Die oststeirische Initiative „Waldstolz“ soll „Arbeitsmarktferne“ (gemeint sind Arbeitslose, Wiedereinsteiger/innen und Bezieher von Notstandshilfe) in sogenannten Biomassehöfen zur Waldarbeit und zur Erzeugung von Brennholz heranziehen. Wer sich weigert, dem wird wohl der Geldhahn zugedreht werden.

Wer will schon dazulernen?

Horst Fidlschuster, Geschäftsführer des „Waldstolz“-Projektträgers Regionalmanagement Oststeiermark (RMO) ist

davon überzeugt, dass diese staatlich geförderte „Qualifizierungsmaßnahme“ vielen Arbeitssuchenden helfen wird. Er erklärt das so: „Manche Menschen sind froh, wenn sie irgendetwas machen können. Sie wollen gar keine fundierte Ausbildung. Und anschließend können einige von ihnen sicher als Forstarbeiter oder Forstarbeiterin bei Maschinenringen oder Waldverbänden unterkommen.“

Nach „Qualifizierungsmaßnahme“ sieht das nicht aus. Eher nach Lohndumping im großen Stil. Denn warum sollten die in die Maßnahme ohnehin eingebundenen Betriebe wie Waldverbände, Maschinenringe, sozialökonomische Betriebe und ein Biomasseerzeuger ein Interesse daran haben, die Menschen, die ihnen vorher fast umsonst für die schwere Holzarbeit zur Verfügung gestellt wurden, dann für gutes Geld zu beschäftigen?

Befremdend wirkt auch der neue Begriff „arbeitsmarktferne“. Fidlschuster: „Der Begriff ist EU-Jargon. Wir mussten ihn übernehmen.“

*) Name ist der Redaktion bekannt

AMSEL-ARBEITSLSEN-STAMMTISCH



Schauen auch Sie einmal vorbei, wenn Sie von Erwerbs-Arbeitslosigkeit betroffen sind oder prekäre Arbeitssituationen zu bewältigen haben.

Termine: 24. Juli, 7. und 21. August
17.00 Uhr, Cafe Sorger, Südtirolerplatz 14, 8020 Graz

Info-Tel. 0699/81537 867
www.amsel-org.info

Teuerung und Preisexplosion in allen Bereichen: Urlaub gestrichen

Immer mehr Familien können sich den dringend benötigten Urlaub nicht mehr leisten.

Ferienzeit – Reisezeit. Viele möchten Koffer packen und ab in den wohlverdienten Urlaub. Leider lässt das die Finanzlage immer weniger zu. Denn die Teuerungswelle bei Essen, Energie und Wohnkosten zwingt die Menschen zum Sparen. Was nicht lebensnotwendig ist, wird gestrichen. Auch beim sogenannten Mittelstand sitzt die Brieftasche

nicht mehr so locker. Vor allem Familien sind gezwungen, den Sparstift beim Urlaub anzusetzen.

Hoffnung auf Last-Minute

Bei Reisen ziehen die Preise ebenfalls kräftig an. „Kostete eine Pauschalreise für eine 4-köpfige Familie vor einem Jahr noch 2.500,- Euro, so muss man heuer im Schnitt rund 3.000,-

Euro hinblättern. Und das ist für viele Familien schlicht und einfach zu viel“, weiß man bei Retter Reisen Pöllau. Bei Reisebüro Springer in Feldbach bestätigt man die verhaltene Buchungsfreude bei Familien. „Viele warten noch und hoffen auf günstige Last-Minute-Angebote“, so die Beraterinnen.

Wenn alles zu teuer ist: Auch die Steiermark ist schön, siehe unsere Freizeittipps auf den Seiten 18/19. Vielleicht ist etwas für Sie dabei!

Sparen beim Urlaub?

Wir haben Steirerinnen und Steirer gefragt, welchen Einfluss die Teuerungswelle auf ihren Urlaub hat.

Der Urlaub ist der einzige Luxus, den ich mir leiste. Lieber spare ich beim Autofahren. Allerdings fahre ich nie so weit weg, dass es extrem teuer wäre. (Bernd Lunatschek, Pensionist)



Vor 10 Jahren konnte man für 6.000 Schilling 14 Tage nach Tunesien oder in die Türkei fliegen. Heute reicht das

Geld kaum für eine Woche. Daher machen wir Kurzurlaube mit dem Bus oder bleiben zu Hause. (Hermann Zobl, Pensionist)

Ich will, dass meine Tochter das Meer sieht. Deshalb fahren wir heuer nach Kroatien, wo ich herkomme. Das gönnen wir uns einfach. Einschränken würde ich mich höchstens beim Telefonieren, nicht aber beim Urlaub. (Josip Belamaric, selbstständig)



Für Urlaub habe ich heuer kein Geld. Miete und das Leben werden teurer, meine Entlohnung wird aber nicht angepasst. Da-

bei würde ich gern ans Meer fahren! (Martina Hirschenbrunner, Mediendesignerin)

Wir spüren die Teuerung stark, vor allem bei Lebensmitteln. Trotzdem ist uns der Urlaub wichtig. In erster Linie muss es für unseren Sohn passen. Wir entscheiden preisbewusst, verzichten aber nicht ganz auf den Urlaub.. (Angelika Renger, Lehrerin)



Familienurlaub: ein unerschwinglichen Luxus?



foto: flickr

VERANSTALTUNGEN KPÖ BILDUNGSVEREIN IM SOMMER

KPÖ
bildungsverein

Anmeldungen und Rückfragen: E-Mail: bildungsverein@kpoe-steiermark oder telefonisch unter 0316 / 22 59 32 bzw. 0316 / 71 24 79



Sommerschule des KPÖ Bildungsvereines
& der Marx-Engels-Stiftung der DKP
12. – 16. August 2008
St. Radegund, Stmk.

Auf den Spuren der Partisanen und der österreichischen Freiheitsfront 22. bis 24. August: Ausflug nach Slowenien mit Ernest Kaltenegger

Bis heute sind viele Einrichtungen (Druckerei, Basislager, Flughäfen, usw.) der jugoslawischen Partisanen in Slowenien erhalten. Der KPÖ-Bildungsverein organisiert vom 22.-24. August einen Ausflug nach Slowenien, um diese Orte des Widerstands zu besuchen. LAbg. Ernest Kaltenegger wird uns die Hintergründe des jugoslawischen PartisanInnenkampfes, und der österreichischen Beteiligung, näherbringen.

Unkostenbeitrag: 50 Euro

Eine rechtzeitige Anmeldung unter obenstehender Adresse bzw. Telefonnummer ist unbedingt erforderlich!

Klasse – an und für sich

Hände weg vom Ilisu-Staudammprojekt!

Ein gewaltiges Staudammprojekt in der Osttürkei, das mit österreichischem Geld finanziert wird, bringt viele Gefahren.



Stift Admont fluten?

Stellen Sie sich vor: Ein Konsortium aus türkischen, saudi-arabischen und iranischen Banken und Firmen verfolgt ein Staudammprojekt im Gesäuse. Der Staudamm bei Hieflau wird 135 m hoch. Die Staupfläcche wird 313 km² groß. Das gesamte mittlere Ennstal verschwindet im Wasser. Auch das Stift Admont mit seiner weltberühmten Klosterbibliothek. Die Menschen zwischen Hieflau und Stainach werden zwangsweise ausgesiedelt.

„Völlig undenkbar!“, werden Sie sagen. Und doch: Unter genau diesen Vorzeichen ist das Ilisu-Dammprojekt in Südanatolien geplant. Unter tatkräftiger Beteiligung Österreichs.

Im Osten, an der Grenze zu Syrien und zum Irak soll das Staudammprojekt „Ilisu“ um 1,2 Milliarden Euro aus der Erde gestampft werden.

Wegen des Projektes wer-

den die gut 15.000 Bewohnerinnen und Bewohner der 11.000 Jahre alten Stadt Hasankeyf – sie verschwindet unter dem Stausee – ausgesiedelt. aber auch die Natur wird zerstört. Zwangsweise, denn die Menschen wollen von sich aus nicht weichen, bekommen für ihr Land auch kaum eine Entschädigung.

Dazu kommt, dass die Türkei mit dem gewaltigen Stausee Syrien und dem Irak das Wasser abdrehen kann, Kriegsgefahr ist vorprogrammiert.

Profitieren vom Unternehmen wird die VA Tech Hydro Weiz, ein Teil der Andritz AG. Sie soll die Turbinen liefern. Die steirische Friedensplattform fordert, dass sich Österreich aus dem Projekt zurückzieht. Der Finanzminister muss die Export-Kredithaftung zurücknehmen! So könnten viel Leid und Konflikte um das Wasser des Tigris zu vermieden werden.



Links und Lesestoff: <http://www.stopilisu.com>



Aufatmen können die Anrainer von industriellen Tierzuchtbetrieben. Der Landtag hat nun den Einbau von Filteranlagen vorgeschrieben.

SCHWEINE-INDUSTRIE

Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark sind Österreichs Schweinezucht-Hochburgen. Immer mehr Schweine werden in immer weniger Betrieben gemästet. Gab es 1960 noch rund 390.000 Saubauern, so sind es heute nur mehr rund 45.000 (10.765 in der Steiermark im Jahr 2007).

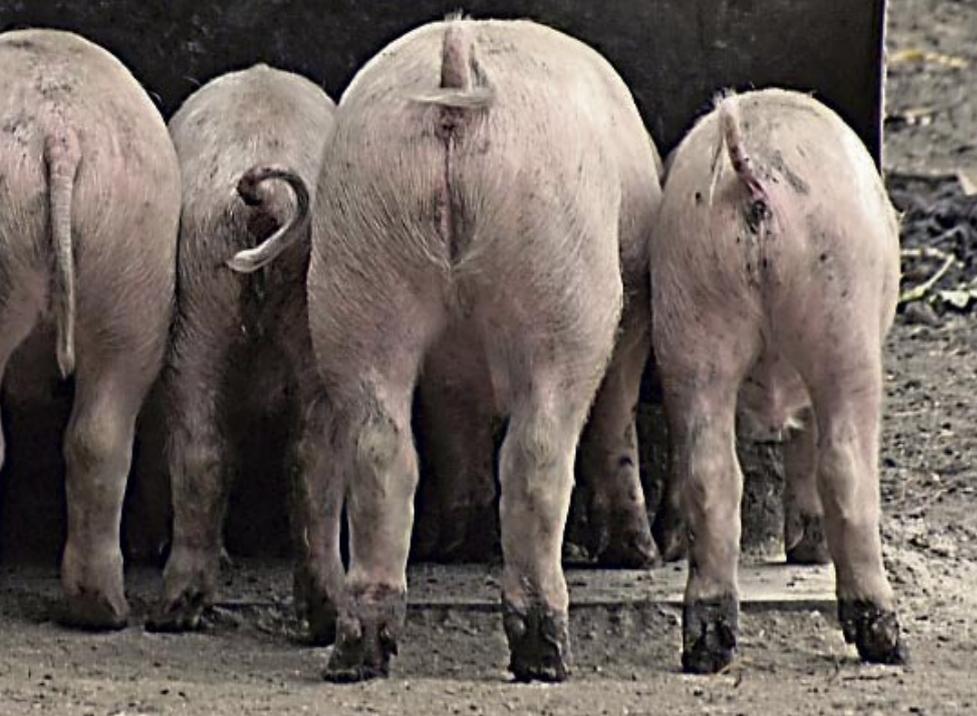
Insgesamt werden in Österreich rund 3,3 Millionen Schweine gezüchtet. 2,2 Millionen davon in Betrieben mit 200 bis 1000 Tieren.

Arme Schweine gibt es nicht nur in den Zuchtbetrieben, sondern sprichwörtlich in großen Teilen der Süd- und Oststeiermark. „Manche Bürgermeister haben uns gesagt, wir sollen auf die Alm fahren, wenn wir eine gute Luft haben wollen“, erzählt Karl Wieser, Sprecher einer Bürgerinitiative gegen den Gestank aus der Massentierhaltung. Damit ist nun Schluss, denn große Mastbetriebe mit Massentierhaltung müssen ihre Abluft filtern.

Dicke Luft waren die Menschen in der Süd- und Oststeiermark Jahre lang gewöhnt. Schweine- und Hühnerzucht haben dort Tradition. Allerdings hat sich das Zuchtwesen verändert. Aus einem Dutzend

gehabt

KOMMEN ENDLICH! STATT TIERLEID



Schweinen wurden hunderte, statt ein paar glücklichen Freilandhühnern trifft man nun auf riesige Hühnerfarmen. Allein im Bezirk Radkersburg kommen auf jeden der 21.000 Einwohner rund sechs Schweine, sagt die Statistik.

Stand der Technik

Dass die Hinterlassenschaften der Tiere zum Himmel stinken, kann man wie hier vielerorts riechen. Doch das soll bald ein Ende haben: Der Landtag beschloss, dass Großbetriebe ab rund 200 Schweinen Filter einbauen müssen, wie sie dem Stand der Technik entsprechen.

Die ÖVP-nahen Großbauern haben dagegen lauthals protestiert: Ihrer Meinung

nach könne nur mit Massentierhaltung und niedrigen Umweltstandards profitabel Fleisch produziert werden. Man fürchtet sonst der polnischen oder ungarischen Konkurrenz nicht Paroli bieten zu können. Dabei waren es gerade diese Herrschaften, die mit ihrer EU-Euphorie jeglichen Schutz der heimischen Landwirtschaft von Tisch gewischt haben.

Karl Wieser von der Anti-Gestanks-Bürgerinitiative kann den Protest mancher Bauern nicht nachvollziehen. „Wenn der Gestank nicht mehr auszuhalten ist, müssen technische Mittel eingesetzt werden. Deutschland zeigt vor, wie es geht. Da herrscht ein Griss um die Lüftungsanlagen, die auch

leistbar sind“, zerstreute er Bedenken der Bauern. Und gegen Schweinemast-Betriebe habe man überhaupt nichts. Es gehe nur um die Auswüchse der Tierindustrie.

Förderungen für ökologische Standards

Leider sind SPÖ und Grüne kurz vor der Beschlussfassung wieder einmal umgefallen und haben aufgrund der Proteste die Grenze für die Filterpflicht noch einmal verdoppelt. Dabei wäre es eine Verpflichtung des Landes eine tierfreundliche und ökologische Schweinezucht zu fördern und bei Härtefällen, in denen sich Bauern umweltverbessernde Maßnahmen nicht leisten können, hilfreich einzugreifen.

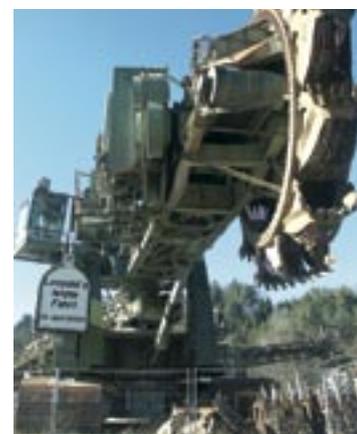
Schweinemast hat in der Süd- und Oststiermark Tradition. Aus kleinen Mastbetrieben wurde aber vielerorts eine „Schweineindustrie“ mit mehreren hunderten Säuen und Ferkeln. Der Gestank der Großbetriebe, unter dem Anrainern wie Urlauber leiden, muss nun gefiltert werden. Ein anderer Weg der Gestankvermeidung ist die Produktion von Biogas und daraus Energie. Darauf setzen schon mehrere findige Schweinezüchter.

VOITSBERG / SPIELBERG

Rennstrecke muss warten

Nichts wird es vorerst mit der 15 Millionen Euro teuren Motorsport- und Teststrecke im Voitsberger Zangtal. Der Umweltsenat in Wien hat die bereits positiv abgewinkelte Umweltverträglichkeitsprüfung aufgehoben.

Die Rennstrecke namens „Auto-Test-Center ATC Voitsberg“ war von den Baufirmen Mandlbauer und Porr eingereicht worden. Beteiligt am Projekt ist der Auspuffhersteller Remus, Interesse wurde auch Magna bescheinigt. Den Betreibern bleibt nur der Weg zum Verwaltungsgerichtshof.



Umweltsenat sagt „Nein!“ zu Auto-Teststrecke auf ehemaligem Bergbaugelände in Voitsberg.

SPIELBERG. Anders gelagert ist die Situation beim ehemaligen A1-Ring in Spielberg. Hier sind mittlerweile alle Genehmigungen vorhanden, einem Baubeginn steht nichts mehr im Wege. Allerdings will jetzt der Investor „Red Bull“ nicht mehr so recht. Also gibt es neue Verhandlungen, noch mehr Geschenke und Förderungen werden von Seiten der Fa. Red Bull eingefordert.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ – Ernest Kaltenecker, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at



Wasserspielpark St. Gallen. Ein Paradies für echte und erwachsene Kinder tut sich in St. Gallen auf. Unzählige Wasserspiele gibt es im ersten Teil des Parks, im zweiten warten Klettergarten und Bootsfahrten im Wildbach. Fam: 28,-



Salzwellen Altaussee. Eine Abkühlung in der größten Sommerhitze ist der Marsch durch die unendlichen Stollen des Salzbergwerks, ein Spaß die Rutschpartien, eine optische Offenbarung die Schau am Salzsee. Fam: 37,- (2 E und 2 K)



Eisenbahn Museum Lieboch. Eisenbahnbegeisterten sei eine Fahrt mit der Bahn unter Nutzung des steirischen Familienpasses empfohlen. Man kann dann auch gleich eines der Eisenbahnmuseen besuchen: In Knittelfeld oder Lieboch (Foto).

BÄDER UND AUSFLUGSZIELE

Schöne

Kein Grund zur Trauer für Daheimgebliebene: Auch der Urlaub auf Balkonien, in den steirischen Bädern und ein Besuch schöner Ausflugsziele kann für schöne Ferientage sorgen. Wir geben eine Auswahl.

Plitsch, platsch, Baden macht Spaß", hieß es in einem gar nicht falschen Werbespot. Der trifft nicht nur in der Adria oder anderen salzigen Gefilden zu, sondern auch in den steirischen Bädern.

Da wäre etwa der Badensee Steiner in Kraubath an der Mur. Die idyllische Anlage besticht weniger mit Action und mehr mit Ruhe, schattigen Liegeplätzen und Sauberkeit.

Ein volles Programm gibt es beim Freibad Judenburg mit Sport-, Erlebnis-, Nichtschwimmer und Kinderbecken, einem Schwimmkanal und einer 75m langen Rutsche. Das neu gestaltete Bad Oberwölz ist mit Solarenergie

immer auf mindestens 24 Grad aufgeheizt. Ins nasse Vergnügen düst man per Rutsche oder vom Sprungturm. Auf die Kleinen wartet eine Kinder-Erlebniswelt.

Ein Klassiker in der Weststeirischen Badeszene ist das Schlossbad Bärnbach mit 8000m² Wasserfläche, die mehr einem Park als einem Schwimmbad ähnelt. Ein Mutter-Kind-Bereich verspricht Ruhe und Unterhaltung für die Kleinen, für Größere gibt es einen Abenteuerspielplatz.

Eine mit 7500m² kaum kleinere Wasserfläche warten beim Freizeitsee Mönichwald. Kein Wunder, dass man dort auch per Tretboot unterwegs

DER STEIERMARK

Ferien



sein kann. Ebenso groß ist der Stubenbergsee, der wärmste Badesee in Österreich. Neu ist dort die Kindererlebniswelt mit Spielbach, Schlucht, Bogenbrücke, Leuchtturm auf einer Insel und einem Elektroschiff.

Das Kipferlbad in Pöfing-Brunn ist ein Naturteich, dessen Wasserqualität zusätzlich aufbereitet wird. Spiel und Sport sind dort gleichermaßen möglich. Und etwas gutes zu Essen gibt es in der „Kochschule – Kompetenz“.

Hoch hinaus kann man auf der 20m-Flugschaukel im Freizeitpark Ramsau Beach. Spannung verspricht das Piratennest für die Kleinen. Die

Wassertiefe von maximal 3,5 m verspricht warme Wassertemperaturen.

Kostenlos

Und dann gibt es da noch die Geheimtipps mit Badevergnügen zum Nulltarif. Wer kühles Wasser nicht scheut, kann im Hochsommer einen Sprung in den Leopoldsteinersee bei Eisenerz oder den Grünen See in Tragöß wagen. Etwas wärmer ist es im Packer oder im Soboth Stausee, auch die Seen im Salzkammergut sind mancherorts für eine kostenlose Erfrischung gut. Fast überall gilt: Wer am frühen Abend kommt, zahlt oft nichts mehr.



Holz knechtland Mariazell. Auf der Bürgeralm gibt es neben der Aussichtswarte das Holz knechtland samt Waldeisenbahn um einen idyllischen Teich. Allein die Holztriftanlage beschäftigt Kinder über Stunden. K: 7,-; E: 11,10 (mit Gondel-Bergfahrt)



Naturpark Grebenzen. Im Vivarium Mariahof tummelt sich exotisches Getier (K: 5,50; E: 7,50), die längste Sommerrodelbahn der Steiermark lockt mit Jumps, Steilkurven und einer tollen Aussicht auf das Stift St. Lamprecht. (K: 4,10; E: 6,30)



Elfenberg Mautern. Die Greifvögel lassen sich bei ihren Runden und Meister Petz beim Schläfchen beobachten. Toller Abenteuerspielplatz. Wer mit der Sommerrodelbahn runterdüst, will noch einmal rauf. Fam (2 E und 2 K): 39,-

Welt aus dem Lot

Die globale Marktliberalisierung führt zu Ausbeutung, Hunger und Tod der Ärmsten weltweit. Einige Zahlen.

Machtkonzentration und immer mehr Reiche

Die 500 größten Konzerne kontrollieren 52 Prozent des Weltbruttosozialproduktes. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt 40 % ihres Vermögens. Das Finanzvermögen der Reichsten stieg im vergangenen Jahr um 9,4 %.

Nahrung für Sprit

Die Menge an Getreide, die man für einen vollen 80-Liter-Ethanol-Autotank braucht, würde ausreichen, um einen Menschen ein Jahr lang zu ernähren.

Wasser für Sprit

Die Herstellung von einem Liter „Biosprit“ im Westen der USA verschlingt 4.560 Liter Wasser. Mitte dieses Jahrhunderts werden bereits vier Mrd. Menschen unter chronischem Wassermangel leiden.

Ruinöses Dumping

Auf den afrikanischen Märkten wird aufgrund von EU-Exportsubventionen europäisches Gemüse zu einem Drittel des Preises gleichwertiger afrikanischer Produkte verkauft.

Billige EU-Importe

Sechs Milliarden Euro zahlt die EU an Stilllegungsprämien, um die Zuckerproduktion in Europa zu drosseln. Stattdessen soll billiger Zucker aus Brasilien importiert werden.



LUFTVERSCHMUTZUNG

Schluss mit dem Abgas-Handel !

Das kapitalistische Wirtschaftssystem reagiert auf den Klimawandel mit einem Ausbau des „Emissionshandels“. Ein falscher Weg, der in die Klimagesackgasse führt. Anstrengungen, diesen Emissionshandel zu „optimieren“, führen nicht zu einer Abnahme des Ausstoßes von schädlichen Treibhausgasen, sondern werden eher das Gegenteil bewirken.

Die gesamte Energiekette vom Erdöl bis zu den CO₂-Emissionen ist ein Kapitalkreislauf. Wie die Ölreserven werden auch die Abgase zu einem internationalen Handelsobjekt. Niemand will CO₂-Emissionen kaufen, sie sind schädlich und man will sie loswerden. Was passiert? Man privatisiert quasi unsere Atmosphäre, indem man Verschmutzungsrechte ausgibt.

Diese Verschmutzungsrechte werden dann an der Börse

als Zertifikate gehandelt. Der Käufer erwirbt ein Anrecht, soundso viele Tonnen Kohlendioxid (CO₂) in die Luft blasen zu dürfen. Nutzt man das Anrecht nicht aus, kann man es verkaufen. Eine Börse zum Handel mit Verschmutzungsrechten ist entstanden und mit ihr ein Schwanz von Firmen, die daran verdienen. Schließlich verbirgt sich dahinter ein Gesamtvolumen von mehr als zwei Billionen US-Dollar, gerechnet bei einem Preis von 14 Dollar pro Tonne.

Billionen-Dollar-Markt

Dieses Rezept führt in die Irre. Es ist wie beim Müll. Müll und CO₂-Emissionen sind negative Güter; je weniger es davon gibt, umso besser. Führt man diese Güter einer privatkapitalistischen Verwertung zu, entsteht das Gegenteil. Die Abgase nehmen zu!

Das ist leicht einzusehen: Die handelnden Akteure sind daran interessiert, weiter zu handeln. Mit der Zertifikat-

börse hat man ein Instrument geschaffen, mit dem die Verschmutzung unserer Atmosphäre verstärkt wird.

Der Emissionshandel ist auch deswegen ineffizient, weil die Flasche, aus welcher der Geist CO₂ in die Atmosphäre entweicht, nicht verkorkt wird. Ohne klare Verbote und Gebote vor allem in der Konzernproduktion wird sich die Klimakatastrophe nicht aufhalten lassen.

Gleichzeitig bedarf es entscheidender Einschnitte im Austausch unserer Güter. Es muss damit Schluss gemacht werden, dass beispielsweise Kartoffeln aus Deutschland auf LKWs zum Schälen nach Polen gekarrt werden, um anschließend in Frankreich als fertige Pommes Frites verkauft zu werden. Heute passiert in der Industrie ein Gutteil der Lagerhaltung bereits am LKW. Just-in-Time-Produktion nennt man diesen kapitalistischen Wahnsinn! Ausbaden müssen es unsere Kinder.

SUPERMACHT EUROPA: GEWALTIGE RÜSTUNGS-AUSGABEN

Steuern zahlen für Aufrüstung?

Weltweit wird immer mehr Geld für Waffen und Kriegsmaterial ausgegeben. Hinter Spitzenreiter USA rangiert EU an zweiter Stelle bei Rüstungsausgaben.



Auf die Amerikaner entfallen mehr als 40 % der weltweiten Ausgaben für Kriegsmaterial. Das ist freilich kein Wunder, sind doch die USA im Irak und in Afghanistan kämpfend un-

terwegs und halten sich auch sonst militärisch kaum wo heraus.

Die USA sind mit einem Anteil von 31% am Markt auch der größte Waffenlieferant.

KRIEGSSAUSGABEN

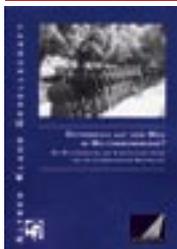
USA: 367 Mrd.
EU: 250 Mrd. Euro
England: 38,3 Mrd.
China: 37,4 Mrd.
Frankreich: 34,4 Mrd.
Japan: 28 Mrd.
Deutschland: 23,7 Mrd.
Russland: 22,7 Mrd.
Saudi-Arabien: 21,7 Mrd.
Italien: 21,3 Mrd.
Österreich: 2,6 Mrd.

Alle Daten von 2007 in Milliarden Euro, Quelle: SIPRI

Dahinter folgen Russland mit 25 und Deutschland mit zehn Prozent.

Das Friedensinstitut zählte im letzten Jahr 14 kriegerische Konflikte.

Betrachtet man die Ausgaben für den Kriegsapparat, könnte man meinen, der nächste Krieg steht unmittelbar bevor. Um 45 % sind die Rüstungsausgaben in den letzten zehn Jahren gestiegen, so das Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI). Die größten Steigerungen gibt es in Russland und Osteuropa mit einem Plus von 168 % in den letzten zehn Jahren. Unangefochtener Spitzenreiter bei Kriegsausgaben sind jedoch die USA.

BUCHTIPP

Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse? Die Militarisierung der Europäischen Union und die österreichische Neutralität, hg. von

der Alfred Klahr Gesellschaft und vom Bildungsverein der KPÖ Steiermark. Wien: Eigenverlag 2008, 88 S., 5 Euro. Dokumentation der Tagung des KPÖ-Bildungsvereins vom Juli 2007.

Mit Beiträgen von Heinz Gärtner, Ulrike Koushan/Elke Renner, Erwin Lanc, Boris Lechthaler, Franz Leidenmühler, Gerald Oberansmayr, Andreas Pecha und Manfred Sauer. *Zu bestellen unter Tel. 22 59 31 bzw. <http://bildungverein.kpoe-steiermark.at>*

**TIERECKE**

Ben, Rottweilerrüde, 4 Jahre, reinrassig. Sein Besitzer kann sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr um ihn kümmern. Ideal wäre ein/e Rassekenner/in!



Niko ist ein Landseer-Mischling, Rüde, geb. Juli 2006, wunderschöner, braver Hund, fährt auch gern im Auto mit.

Derzeit warten beim Landestierschutzverein mehrere Haustiere auf neue Besitzer; und immer wieder entlaufene auf ihre alten... Die folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



Amy ist ein Angora Kaninchen Weibchen, geb. Feb. 08. Weil ihr Fell total verfilzt war, mussten wir sie scheren; aber das Fell wächst bald wieder nach.



Limited ist ein Kaninchen, geb. 14. April 08. Die Schmutzerin war die einzige schwarze Häsin im Wurf. Ihr Vater ist ein Dalmatiner Rex Kaninchen, daher ihr weiches Fell.



Flame ist ein roter Findlingskater, Alter unbekannt. Er wurde erst kürzlich kastriert und ist ein Schmusebär.



Thyra ist eine wunderschöne Wohnungskatze, weiblich steril., geb. Juni 2008. Ihr Besitzer muss leider ins Ausland.

**Steirische
Volksstimme**

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Tel. 0316 / 877 51 02, Fax 0316 / 877 51 08 E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at DVR: 0600008



OPEN AIR SOMMER FEST 2008
der KPÖ Kapfenberg

Mit den **intergalaktischen Starköchen** aus Ansfelden

Unterhaltung mit der beliebten Kapelle: **„Gaisgraben Duo“**

Bands: **Joe Diepold** Singer/Songwriter
Lydia's Gemstone Rock
Ars Amatoria Symphonic Rock Opera
und **Raccoonz** Partymetal

Samstag, 26. Juli 2008
ab 14.00 Uhr
Franz Bair Heim, Feldgasse 8 Eintritt frei!

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at

In Stadt **Land** **KPÖ** **KJO**

Gedruckt bei Bürotechnik Kohhuber/Kapfenberg Altstadt



VolksHausFest 2008

Am 6. September steht das Grazer Volkshaus ganz im Zeichen der Musik. Ab 15 Uhr machen Musiker und Bands „Musik mit Herz“, so Organisator Lothar Lässer: Darunter **Christian Masser** mit seinem begeisternden **Jonny-Cash-Programm**, **Margita Mucikova** singt ungarische Roma-Lieder, die 15 Bläser vom „Masalabrax“ spielen ein Alternativprogramm zur traditionellen Blasmusik und „Thru“ geben oststeirischen Jazzrock zum Besten. Für Kinder gibt es ein Musiktheater mit Trommelreise. Beim Abendprogramm ab 21 Uhr steht „Molto Mosso“ für analoge Synthieklänge, danach spielt die „Posch-Band“ Punk mit Gästen. Für Speis und Trank und perfekte Unterhaltung ist bestens gesorgt!

KLEINANZEIGEN



Red:out jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Klosterwiesgasse 2 (Nähe Jakominiplatz).



Hausverkauf

Einfamilienhaus, 1000 m² Grund, Garage, Ölheizung, in Vordernberg zu verkaufen, 90.000 Euro, Tel.: 03849/433

Wohnung gesucht

Suche am Stadtrand von Graz-OST Kleinwohnung ca. 50m² EG, Preis incl HZ und BK 350,- Euro, am Waldesrand mit Busanbindung. Kleiner Hund 15 cm vorhanden, Wohnbeihilfenförderbar, würde auch gerne kleine Hausmeistertätigkeiten übernehmen oder im Gegenzug dafür ältere Leute betreuen. Tel 0316/48 33 77.

Fenster zu verkaufen

Gaulhofer-Fenster in schönem Zustand zu verkaufen. 3 Stück 1,05x0,85m zu je 110 Euro, 3 Stück 1,15x1m zu je 120 Euro, 2 Stück 0,65x0,45m zu je 50 Euro, 1 Stück 0,4x0,3m zu 40 Euro. Tel. (03116) 85 49 (St. Stefan i. R.)

KPÖ-Bildungszentrum

Tel. 0316/22 59 31
bzw. 22 59 32

13. bis 16. August 2008 (Anreise: 12.8.)

1. Marxistische Sommerschule

im Kinderlandheim St. Rade-
gund bei Graz. Teilnehmer-
beitrag für die gesamte Dauer
einschließlich Übernachtung
und Verpflegung 15,- EUR nor-
mal und 20,- EUR Soli-Beitrag.
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Gesucht: Stühle – genau wie oben abgebildet gesucht, für unsere Klubräumlichkeiten. KPÖ Graz. Selbstabholung. Telefon: 71 24 79.

HAUS in GRAZ/NEU-SEIERSBERG



185.000,-



8055 Graz: Einfamilienhaus mit ca. 90 m² WFL + ca. 55 m² Keller. Sehr gepflegt, voll unterkellert, massives Carport, ca. 30m² überdachte Terrasse, Öl-ZH sowie Zusatzofen für feste Brennstoffe, 950 m² Grund, eigener Brunnen am Grundstück, Sackgasse; BJ 1962; zwischen 1998 und 2001 generalrenoviert; Vollwärmeschutz, neues Dach, neue Fenster, Türen, Installationsen, Böden, Wände usw.

Tel.: 0699 / 102 995 96

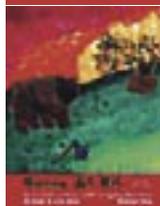
AXL LESKOSCHEK AUSSTELLUNG

LANDHAUS
FEUERLÖSCHER
PRENNING BEI
DEUTSCHFEISTRITZ
17. Mai bis 31. Oktober

Axl Leskoschek, bekannt geworden durch seine Werke „Odysseus“ und „Kain-Zyklus“, gilt heute als einer der Hauptvertreter der steirischen Kunst der Zwischenkriegszeit.

Infos: 0664/ 411 36 68
od. prenninger.gespraech@gmx.at

KINDER-BUCHTIPP: BRUNO DER BÄR



Hallo, ich bin Bruno, der Bär. Kennst du mich noch? An meinem zweiten Geburtstag beschloss ich, in die Welt hinauszuwandern. So wanderte ich von Mai bis Juni 2006 von Italien über das schöne Tirol nach Bayern, wo ich von einem „Grünling“ getötet wurde. Wieso, weiß ich nicht genau – Bären tun „Grünlingen“ ja auch nichts! Ingeborg Maria Ortner erzählt in diesem Buch über Abenteuer, die ich während meiner Wanderung erlebt habe.

Ingeborg Maria Ortner, Bruno, der Bär, Weishaupt-Verlag Gnas, ISBN 978-3-7059-0277-0, Gebunden, 32 S.

Bestellungen: Tel. 03151 / 8487. E-Mail: verlag@weishaupt.at

ZVP Zentralverband der Pensionisten SPRECHTAGE

Mo. bis Fr. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, Graz

☎ **0316/71 24 80**

Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Bez Knittelfeld



KNITTELFELD

**Sprechstunde
mit Sozialberatung**
mit KPÖ-Labg. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Di. 5. August 2008
10.00 bis 12.00 Uhr,

KPÖ Parteiheim Knfd
Friedensstraße 10, Knittelfeld
Voranmeldungen:
03512 / 822 40 oder
0316 / 877 51 01



Ferien im Hollerhof in Dedenitz

Südoststeiermark, 4 km von Bad Radkersburg. Weinberge, Störche, Ruhe, Burgen, Schlösser, Radlerparadies Thermen Bad Radkersburg und Radenci je 4 km. Komfort-Ferienwohnungen (2-5 Personen) am Dorfrand. Natur pur. Nicht teuer. www.hollerhof-dedenitz.de, Tel. 03476 / 3522 (ab 14 Uhr), Christel und Dietrich.

HUMANITÄRER VEREIN

Mutter Theresa

kultur-humanitärer Verein

Kleidung - Spenden - Nützliche Güter
erbeten für

Mazedonien – Monenegro – Albanien – Kosovo

Kontakt: Tel. 0650 9620 717

Helfen Sie bitte mit!

**Helfen statt reden
Mit Rat und Tat!**

Notruf 0316/ 877 5101

in Stadt
Land

KPÖ

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Landhaus – Hinterhaus

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Hinter die Kulissen blicken

(Zu unserem Artikel
„Pensionsschwindel“)

Dieser Artikel ist einfach gut. Ihr solltet an diesen Thema dranbleiben und den Menschen die Information liefern, die ihnen sonst vorenthalten bleibt. Man muss hinter die Kulissen dieser Finanzspekulantent blicken, dann kann man sehen, was notwendig ist. Das wäre: Der Kapitalmarkt hat sich der Realwirtschaft unterzuordnen und nicht umgekehrt.

Rupert Matzer (Gewerbetreibender seit 29 Jahren)
PS.: Warum müssen alle Steuern zahlen, nur die wirklich Großen nicht?

Nur die KPÖ macht was!

Die Einkommensunterschiede in Österreich zwischen Arm und Reich werden immer größer, siehe die hohen Abfertigungen. Sie und die KPÖ sind die einzigen, die etwas dagegen unternehmen. Leider wird sich da wenig ändern, weil an den Wahltagen zu viele nur die Parteien wählen, die sich die Taschen vollstopfen. Nur in Deutschland sehe ich ein Umdenken mit der Linkspartei.

Trotzdem alles Gute und herzliche Grüße, Fr. S.

Störfall im AKW Krsko

Wer mit einem 20 Jahre alten Fahrzeug unterwegs ist, muss damit rechnen eine Panne zu haben. Warum soll dies bei Atomkraftwerken anders sein? Da ein Großteil der AKWs in Mitteleuropa bereits länger in Betrieb ist, werden sich die Störfälle häufen.

Angesichts der begrenzten Vorräte und der Risiken heutiger Energiequellen stellt sich die Frage: Kann die Menschheit ihren scheinbar grenzenlosen Hunger

nach Energie nur stillen, indem sie die Erde ruiniert?

Sonne, Wind, Wasser und die geothermische Energie sind die umweltfreundlicheren Alternativen zu Kohle, Erdöl, Erdgas und Kernenergie. Dass die Umwelt und langfristig jeder Mensch von einer Umstellung auf umweltfreundlichere Energiequellen profitieren würden, steht außer Frage. Ing. Harald Schober

Das Kreuz mit der Kinder-Karenz

Seit April 2007 bin ich in Karenz und ich kann gar nicht sagen, wie sehr ich mich wieder aufs Arbeiten freue (finanziell). Dabei sollte man doch die Zeit mit den Kindern genießen, um ihnen eine gute Erziehung, familiäre Zuneigung und schulische Weiterbildung zu bieten.

Die Kinder sind die Zukunft, aber leider wird das immer wieder vergessen. Als gelernte Bürokauffrau habe ich bis noch vor einem Jahr netto 1.300 Euro verdient. Nun bekomme ich monatlich 450 Euro! Man könnte meinen, dass das Kinderkriegen in Österreich bestraft wird. Das komplette Leben wird umgekrempt: aber schon eher des Geldes wegen. Denn zu den Babysachen (Baby-nahrung, Kinderwagen, Möbel, Windeln, Feuchttücher,...) kommen auch noch die Fixkosten wie Wohnung, Auto, Telefon.

Frauen, die nichts erlernen und ein Kind nach dem anderen in die Welt setzen sind schlauer, als die, die brav ihren Abschluss machen, eine Familie gründen und später wieder ins Arbeitsleben einsteigen. Denn während der Karenzzeit haben beide die selben Mittel zur Verfügung, ob mit erlerntem Beruf, oder ohne.

M.N., Lebring

Stromkosten:

Bevölkerung bezahlt teuer für Manager-Privilegien



Für soziale Energiepreise

Dritte Erhöhung seit 2006.

Es reicht, Herr Landeshauptmann!

in Stadt
Land

KPÖ

Seit Monaten dreht sich die Preisspirale bei Energie und Lebensmitteln. Für immer mehr Menschen wird auch die Energie zur finanziellen Belastung, dazu kommen exorbitante Preissteigerungen bei Brennstoffen.

Zuerst wurde diese Entwicklung geleugnet, jetzt wird mit unzureichenden Maßnahmen reagiert. Bereits Durchschnittsverdiener zittern vor den nächsten Heizkosten- oder Stromrechnung. Autofahren wird für viele schlicht unerschwinglich, auch die Fahrkartenpreise für den Öffentlichen Verkehr in der Steiermark steigen ständig.

Spekulation und Liberalisierung

Begonnen hat die Misere mit der von der EU durchgesetzten Liberalisierung der Strom- und anderer Energiemärkte. Damit einhergegangen ist ein Ausverkauf der Energieunternehmen an in- und ausländisches Privatkapital, davon waren auch die steirischen Energieunternehmen betroffen. Die Pläne von LH

Voves, weitere 25% der ESTAG an die Franzosen zu verkaufen, scheiterten auch am Widerstand der KPÖ, der Plan fand im Landtag keine Mehrheit.

Rückkauf

Nun hat der Landtag auf Antrag der KPÖ (gegen die SPÖ) beschlossen, den 25-Prozent-Anteil des steirischen Energiekonzerns ESTAG vom französischen Konzern EDF zurückzukaufen. Die Anteile waren 1997 vom damaligen Landtag um umgerechnet 400 Millionen Euro verkauft worden, wobei dem französischen Energiekonzern viel mehr Rechte eingeräumt wurden, als ihm aufgrund seiner Anteile zustehen – mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Im selben Beschluss wird die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen,

dass die Energie Steiermark wieder selbst vermehrt in die Stromproduktion einsteigt. Denn 2001 wurden hinter dem Rücken des Landtages von der Landesregierung unter ÖVP-Landeshauptfrau Klasnic sämtliche Kraftwerke der Steweg an den Verbund verkauft.

Managerprivilegien

Während die Steirerinnen und Steirer unter den steigenden Strompreisen stöhnen (seit 2006 gab es bereits drei Strompreiserhöhungen), ge-

nießen die EStAG-Vorstände unverschämte Privilegien: Mit 380.000 Euro Jahreseinkommen gehören die EStAG-Manager zu den teuersten im Lande. Dem Fass die Krone auf setzte ein anlässlich der Fußball-EM bekannt gewordener Skandal: Um fast 83.400 Euro kaufte die EStAG-Tochter „Gas & Wärme“ teure VIP-Karten, die sie an privilegierte Personen verschenkt hat. Angeblich war unter den Empfängern zumindest ein ÖVP-Landtags-abgeordneter.

Forderungen der steirischen KPÖ

- Rückkauf der Energie Steiermark
- Preisregelung bei Energieträgern
- Senkung der Steuerbelastung auf Heizöl
- Soziale Tarifgestaltung
- Transparente Stromrechnungen
- Verbot der Spekulation mit Energieträgern



Public Viewing – ein Reinfall

Public Viewing ist das neue Modewort für öffentliche Übertragungen von Fußballspielen. Dies ist an und für sich ja nichts Schlechtes. Aber was Kapfenberg hier geboten hat, schlägt dem Fass den Boden aus, sonst würden wir darüber auch gar nicht berichten.

Es reichen die Fakten: Angekündigt wurde, während der Europameisterschaft täglich im Schwimmbad eine Übertragung mittels Riesleinwand anzubieten. Darüberhinaus „Euro-Soccer“-Turniere, Vielseitigkeitsbewerbe, Fan-Schminken, Riesen-Gastronomie und „Alle Tore – alle Spiele“. Polizei, Rettung und Sicherheitspersonal mussten jeden Tag anwesend sein. Das alles verursachte enorme Kosten in der Höhe von zehntausenden Euro. Anwesend waren allerdings oftmals nur zwischen drei und acht Gäste.

Warum so wenig kamen, stellte sich bald heraus: Als wir einen Lokalausgang

machten, und das Spiel ansehen wollten, sperrten die Sicherheitsbeamten gerade mitten im Spiel bei regenfreiem Wetter zu.

Sie wollten zwar nicht, hatten aber laut Aussage eines Sicherheitsbediensteten den Auftrag der Gemeinde dazu.

Wenn jemand hinkommt, der das Spiel ansehen möchte, und vor verschlossenen Türen steht, wird er kein zweites Mal mehr kommen. Was dann auch des öfteren passiert ist.

Im gesamten Mürztal wurde Public-Viewing angeboten, da hätte Kapfenberg unserer Meinung nach darauf wegen Sinnlosigkeit verzichten können, und sich das Geld für wichtigere Zwecke aufheben.

Eine weitere Variante wäre gewesen, die Spiele am Kapfenberger Hauptplatz zu übertragen. Dann hätte man sich wenigstens die Kosten für Rettung und Polizei sparen können, weil diese ohnehin dort angesiedelt sind.

Lob für Mürztaler Verkehrsbetriebe

Bravo den Mürztaler Verkehrsbetrieben: Gewinne bei öffentlicher Führung, nette Busfahrer, die noch auf Fahrgäste warten, günstigere Karten für Aktivpass-Besitzer.

Die Mürztaler Verkehrsbetriebe (MVG), die im Eigentum der Stadtgemeinde Kapfenberg stehen, haben zuletzt einen Gewinn von 280.376 Euro erwirtschaftet. Das ist ein Beweis dafür, dass Betriebe, die von der öffentlichen Hand geführt werden, keine Verluste einfahren müssen. Schade dabei ist natürlich, dass die Fahrpreise so oft erhöht werden.

Wer im Besitz des Aktivpasses ist, kann ermäßigte Jahres- und Halbjahreskarten erwerben. Leider gilt dies bislang nicht bei Einzelfahrschein.

Das wäre noch verbesserungswürdig.

Zu erwähnen sind auch manche Busfahrer, die noch auf Fahrgäste warten, wenn diese gerade zu den Busstationen laufen und ihnen nicht einfach davonfahren, wie dies bei zahlreichen anderen Unternehmen der Fall ist. Ihnen gilt ein großes Dankeschön!

Weiters ist anzumerken, dass es an der Zeit wäre, die Bushaltestelle „Kapfenberg-Hofer“ umzubenennen, etwa in „Arndorfer-Weg“, da der Hofer-Markt in die Kapfenberger Innenstadt übersiedelt ist.



AKTIVPASS

Wir von der KPÖ fordern die Einführung einer Aktivcard. Mit einer solchen Karte können Menschen, die unter 900 Euro verdienen, Einrichtungen der Gemeinde, wie etwa Schwimmbad, Eisstadion, Sport- und Kulturveranstaltungen oder auch den öffentlichen Verkehr kostenlos oder stark ermäßigt benutzen. In Kapfenberg ist er nun realisiert worden und wird im Bürgerbüro ausgestellt. Wir hoffen, dass andere Gemeinden folgen.

AKTIVPASS

Der Aktivpass – eine gute Idee

Kapfenberg
KPÖ

Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417
oder 0676/6132771

KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ,
Mieterschutzverband

Donnerstag 14.00 - 17.00 Uhr
Freitag von 9 - 19 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend

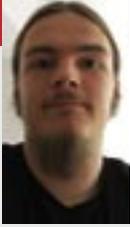
Österreichs –KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at

www.kjoe.at

Tel. 038 62/22 4 17

KOMMENTAR



von Jakob
Matscheko

Reichtum umverteilen

Als ich jüngst das Wirtschaftsmagazin „Trend“ in Händen hielt, musste ich lachen. Da sind auf der Titelseite Fotos der 100 reichsten Österreicher abgelichtet. Und im Blattinneren kann man dann nachlesen, wie viel jeder einzelne besitzt.

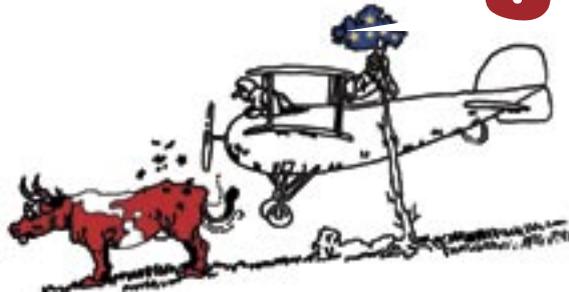
Ein weiterer Schwerpunkt der Zeitschrift war die Agrarförderungen der EU, wobei festgestellt wurde, dass die Vergabepaxis eher ungerecht aussieht: Ein Drittel der Betriebe bekommt zwei Drittel der Förderungen. Für die „kleinen“ Landwirte bleibt fast nichts übrig. Für Österreichs größte Grundbesitzer – allesamt ehemals Adelige wie Adam „Fürst von“ Liechtenstein – jedoch kein Grund für eine Änderung. Man müsse ja wettbewerbsfähig bleiben. Die Reichen werden reicher, so der „Trend“.

Allein das Vermögen der Familie Porsche-Piech, Österreichs superreiche Autohersteller, wuchs letztes Jahr um unglaubliche fünf Milliarden Euro! Für unsere Regierungspolitiker jedoch kein Grund, Privatstiftungen oder Erbschaften zu besteuern; wer viel Geld hat, soll es auch behalten. Dass das Leben für die große Mehrheit kaum noch finanzierbar ist, ist anscheinend kein Problem.

Als ich das Magazin weglegen wollte, stieß ich auf eine Kurzmeldung: weltweit hungern über 850 Millionen Menschen! jährlich werden es mehr. Da ist mir das Lachen wieder vergangen.

Höhenflu

g



25 JAHRE ALI

ArbeitsLosenInitiative Kapfenberg

Wenn lohnarbeitslos, dann besuch den Kapfenberger **ArbeitsLosen Stammtisch !!!**

jeden 1. Freitag des Monats 14.00 Uhr mit Infos rund ums Thema Arbeitslosigkeit und alle anderen Sozialthemen

im Franz-Bair-HeimFeldgasse 8, Kapfenberg

BRUCK OHNE DISKRIMINIERUNG

... von TOM

Jeder nach seinem Geschmack

Auch in der angeblich so toleranten und modernen Stadt Bruck werden Menschen, die sich außerhalb der so genannten „gesellschaftlichen Norm“ bewegen, diskriminiert. Egal ob homosexuell, bisexuell, cross-dresser, transsexuell – man merkt, dass Bruck tiefste, konservative Scheuklappen-Provinz ist.

Das Normale

Allein schon der Begriff einer „gesellschaftlichen Norm“, der sich nur auf einen gewissen Personenkreis bezieht, impliziert, dass es auch Menschen geben muss, die er ausschließt. Und wer ausgeschlossen wird, sozusagen geächtet, der hat keine guten Chancen – etwa im Beruf – und wird nicht so schnell wieder aufgenommen in den erlauchten Kreis der „Normalität“.

Angestarrt & ausgelacht

Wehe dem, der in der Provinz so sein möchte, wie er ist; der sich selbst so ausleben

möchte, wie es in ihm aussieht. Es wird gestarrt, es wird getuschelt, es wird gelacht, es wird getratscht. Schnell ist man das Stadtgespräch. Und zuguterletzt kann es sogar passieren, dass man zu bestimmten Lokalen keinen Zutritt mehr bekommt, oder dass man an bestimmten Orten oder Plätzen nicht mehr gerne gesehen wird.

Unerwünscht

Man ist anders, man wird gebrandmarkt, man ist stigmatisiert – eine persona non grata. Diskriminiert werden nicht nur Menschen, die körperliche oder geistige Behinderungen haben, diskriminiert werden auch Menschen, die aus anderen Gründen einfach nicht so sind wie „die Mehrheit“. Sie werden ins Abseits gestellt, in eine Subkultur gedrängt, in der sie sich oft eigentlich nicht wiederfinden wollen.

Wehrlos

Aber man kann sich gegen die erdrückende „Mehrheit“

nur sehr schwer oder meistens gar nicht wehren. Das passiert auch in Bruck und das passiert so gut wie jeden Tag. Und es geschieht natürlich manchmal unbewusst oder ungewollt, aber leider nur allzu oft auch vorsätzlich.

Barrieren abreißen

Wenn Bruck und seine Einwohner wirklich tolerant und modern sein möchten, dann reicht es nicht aus, Barrieren für behinderte Mitmenschen abzureißen.

Dann müssen auch die – zumeist geistigen – Barrieren für alle anderen „anderen“ Menschen abgerissen werden, etwa durch Aufklärung oder vorsichtige Konfrontation. Jeder Mensch soll so leben dürfen, wie er es für richtig hält bzw. wie er leben muss, wenn er nicht krank werden möchte, so lange man sich im gesetzlichen Rahmen bewegt.

„Chacun á son goût“, wie es so schön heißt – jeder nach seinem Geschmack.

OPEN AIR SOMMER FEST 2008
 der KPÖ Kapfenberg
 Mit den **intergalaktischen Starköchen** aus Ansfelden
 Unterhaltung mit der beliebten Kapelle: „Gaisgraben Duo“

Bands: **Joe Diepold** *Singer/Songwriter*
Lydia's Gemstone *Rock*
Ars Amatoria *Symphonic Rock Opera*
 und **Raccoonz** *Partymetal*

Samstag, 26. Juli 2008
 ab **14.00 Uhr**
Franz Bair Heim, Feldgasse 8 **Eintritt frei!**

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at

in Stadt **kapfenberg**
 Land **KPÖ** **KjÖ**

Gedruckt bei Bürotechnik Kohlhuber/Kapfenberg Altstadt

Unbedingt vormerken! Das unvergeßliche Erlebnis im Herzen von Kapfenberg. Nicht versäumen: Die intergalaktischen Starköche bringen kulinarische Hochgenüsse zum günstigen Preis! Versäumen Sie nicht das vielfältige Musikprogramm für Jung und Alt auf der gemütlichen Wiesen beim Franz Bair Heim der KPÖ!

Wieder höhere Müllgebühren!

Der Mürzverband kündigt die Erhöhung der Müllgebühren um durchschnittlich 11 % an. Dies wurde bei der letzten Versammlung des Mürzverbandes beschlossen. Alle anwesenden Vertreter und Bürgermeister waren dafür. Das heißt, dass Sie Ihre hohen Gebühren auch Ihrem Bürgermeister verdanken.

Die KPÖ ist gegen jegliche Gebührenerhöhung. Gerade in Zeiten, in denen ohnehin alles teurer wird,

ist das nicht einzusehen. Das Geld sollte richtig verwendet werden und nicht für sinnlose Projekte verschwendet werden, dann müssten die Gemeinden auch nicht ständig allerhand Gebühren erhöhen die die Preise in die Höhe treiben.



KOMMENTAR

Spielhölle Rathaus

von Clemens Perteneder



Als GR Peter Vogl im Gemeinderat einen Antrag gestellt hatte, dass alle Steuern, die die Gemeinde für Spielautomaten in Kapfenberg einnimmt, sozialen Zwecken zur Verfügung gestellt werden sollen, sagte Bürgermeisterin Brigitte Schwarz, dass das nicht notwendig sei, weil die Gemeinde ohnehin so viel für soziale Angelegenheiten über hat.

Es stimmt, dass die Gemeinde Kapfenberg relativ viel im Sozialbereich macht. So hat sie nunmehr zwei teilzeitbeschäftigte Sozialarbeiter, die sich um jene Menschen kümmern, welche die Hilfe der Gemeinschaft benötigen. Auch hat sie Anfang des Jahres auf das jahrelange Betreiben der KPÖ hin den Aktivpass eingeführt, der es KleinverdienerInnen ermöglicht, kostengünstiger am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jedoch zur sinnvollen Verwendung der Einnahmen aus Spielhöllen konnte man sich nicht durchringen. Es war nicht einmal ein Ansatz von Verständnis gegeben.

Die Spielsucht wird zu einem immer größeren Problem und ist die am schnellsten wachsende Suchtform in Österreich. Viele Existenzen wurden bereits ruiniert, nicht selten führt die Sucht in die Beschaffungskriminalität. Die Betreiber der „Minicasinos“ sprechen mit ihrer Werbung gezielt Jugendliche und Menschen in Notlagen an, die in der Hoffnung auf das große Geld ihr letztes Hemd verspielen. Aus diesem Grund hat die KPÖ Steiermark eine Initiative gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht ins Leben gerufen.

Was tut die Stadtgemeinde Kapfenberg: Sie vermietet ein im Rathaus befindliches Objekt an den Betreiber von Spielautomaten. Darauf in der Gemeinderatssitzung angesprochen, sagte die Bürgermeisterin, dass man sich nicht aufregen solle, denn es sei kein Wettcafe. Soviel Verblendung hätte ich ihr nicht zugetraut, denn das Gefährlichste sind ja gerade die Spielautomaten und nicht die Wetten.

Mittlerweile kann man in der Innenstadt bereits auf 300 Metern in wenigen Minuten seinen gesamten Monatslohn verspielen. Warum das die Stadtgemeinde notwendig hat, ist eine Frage, die offen bleibt.

Private, die ein leer stehendes Geschäftslokal haben, berichten mir, dass sie es lieber leer stehen haben, als es jemandem zu vermieten, der Spielautomaten betreibt – ein Vorbild, das ich mir eigentlich von der öffentlichen Hand erwartet hätte.



„Wir selbst“: Das Nein zum EU-„Reformvertrag“ durch die Iren bringt den EU-Zentralismus ins Wanken.

flickr

KRITIK AN DER EU WIRD IMMER LAUTER

Irland brachte Stein ins Rollen

Verhöhnt und beschimpft von Politik und braven EU-Untertanen wurden jene Iren, die nicht bereit waren, „die Krot zu schlucken“: Den EU-Reformvertrag, der eine Fülle schwerer Eingriffe in die politischen, ökonomischen und sozialen Systeme der Mitgliedstaaten verfassungsmäßig abzusichern hat, um den „neoliberalen“ Kapitalismus aufrechtzuerhalten.

Der irischen Regierung ist es nicht gelungen, eine Mehrheit zur Abstimmung zu mobilisieren; auch der Druck auf die Gewerkschaften sowohl von Regierungsseite als auch vom Führungsmangement des Dachverbandes ging daneben, denn die größte Gewerkschaft verweigerte eine Kampagne für „Ja“, zwei große Gewerkschaften riefen zu einem „Nein“ auf.

Wunschtraum „Sozialunion“

Ein Stein könnte ins Rollen gekommen sein und eine Lawine auslösen. In den meisten EU-Staaten herrscht große Skepsis: Schon bei den Referenden zum EU-Beitritt lag die effektive Zustimmung wegen der geringen Beteiligung oft nur zwischen 20 und 30 %. Nun verweigerten fast alle Regierungen – auch die österreichische – der Bevölkerung das Recht auf Mitsprache.

Überraschend die Ankündigung von der SPÖ, in Zukunft Referenden über EU-Verträge abzuhalten. Eine reichlich späte Einsicht – und in Wirklichkeit sind die bereits abgeseigneten EU-Verträge hinfällig!

Und was hört man von unseren GewerkschafterInnen? Rollt da auch schon das eine oder andere Steinchen? „Die EU muss das Nein der Iren als Chance nutzen und einen Neustart wagen“, meinte ÖGB-Europasprecher Wolfgang Katzian (GPA-DJP-Vorsitzender). Der Politik der EU fehle die soziale Dimension, und er nannte als aktuelles Beispiel „die aus gewerkschaftlicher Sicht bedenklichen Bestim-

mungen bei der Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie“. Das sei ein klarer Rückschritt für das soziale Europa.

Gewerkschaft auf Zehenspitzen

Nach dem Votum in Irland müsse klar sein, dass es mit dem bisherigen „business as usual“ (den üblichen Geschäftsmethoden) vorbei sei, erklären die Gewerkschaften aus dem Energiesektor im Zusammenhang mit den Zerschlagungs- und Privatisierungsabsichten der EU.

Karl Proyer, stv. Geschäftsführer von GPA-DJP, stellte die Frage nach der Erfolgsgeschichte der Privatisierung öffentlichen Eigentums und führte als Erfolg den des Kapitals aus der Privatisierung der Austria Tabak an, „wo wegen der Erzielung schneller Einmaleffekte nationales Eigentum verschleudert wurde“.

Kritische Aussagen sind wichtig, aber rar. Da rollt noch kein Stein. Die Gewerkschaften gehen auf Zehenspitzen und wirbeln bestenfalls etwas Staub auf. Von der Illusion über ein „soziales Europa“ haben sie sich nicht befreit.

HUBERT SCHMIDBAUER

Rat & Hilfe
 bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mieterrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!
 Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden
 Telefonische Anfragen unter

Tel: 0676/6132771
oder 03862/ 22 417

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg
 Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
 und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

© 2011 Kapfenberg, keine Zerstörung, www.kapfenberg.kpoe.at

In Stadt **kapfenberg**
 Land **KPÖ**



(foto: flickr)

Die Höhlen der Weizklamm sind die wichtigsten Überwinterungsquartiere der Großen Hufeisennase in Österreich. Auch andere Fledermausarten wie die Kleine Hufeisennase und die Mopsfledermaus sind dort heimisch.

BAUSTEINAKTION WOLFSATTEL Jetzt Natur sichern!

Alle jene, die für die Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft Wolfsattel eintreten, haben die Möglichkeit, dies aktiv durch den Kauf von einem Quadratmeter Grundstück zu tun. Die Waldparzelle, die direkt an das von der Firma Marko beabsichtigte Kalkabbaugebiet angrenzt, wird vom Naturschutzbund Steiermark geschützt und gepflegt.

Mit dem Ankauf soll die

Parteienstellung gesichert werden. Derzeit laufen Verfahren zur Ausweisung des Wasserschongebietes, zur Ausweisung des Weizer Berglandes als Schutzgebiet sowie Prüfungen zur Umweltverträglichkeitserklärung. Auch die Stadtgemeinde Weiz und der Wasserverband Schöckl Alpenquell haben die Aktion durch den Kauf von einem Grundstücksanteil bereits unterstützt.

Maulkorberlass

Von einem Maulkorberlass spricht Ing. Wolfgang Feigl, Sprecher der Bezirksorganisation des Naturschutzbundes Weiz und Mitglied des Landes Naturschutzbeirates. Nicht

nur, dass die Naturschutzabteilung des Landes Steiermark die Existenz der Quellschnecke im Bereich der Finzenquelle wider besseren Wissens in Abrede stellte und durch ihre Genehmigung für die Quellsfassung die Tötung einer vollkommen geschützten Art zugelassen hat. Kürzlich soll das Land mehrere Artikel des Naturschutzbundes im „Naturschutzbrief“ verhindert haben.



VERSÄUMNISSE BEI WEIZKLAMM: Lebensraum zerstört

In der Weizklamm sind einige seltene Fledermausarten heimisch. Daher wurde seit 1999 von der anerkannten Fledermausexpertin Dr. Friederike Spitzenbergen, Naturhistorisches Museum Wien, an alle zuständigen Ämter in Österreich (Landesregierung, m BM für Land- und Forstwirtschaft, Verbindungsstelle für Bundesländer in Tirol) mehrmals ein Ansuchen gerichtet, die Weiz-

klamm als Europaschutzgebiet auszuweisen.

Trotz mehrerer Urzungen wurde die Weizklamm aber bis heute nicht als Europaschutzgebiet nach Brüssel gemeldet.

Durch den geplanten Kalkabbau am Wolfsattel und die beabsichtigten Sprengungen besteht eine ernsthafte Gefahr für die Fledermäuse, weil ihr Lebensraum zerstört wird.




**Mein m² Natur
am Wolfsattel**

1 m²

Im Dienste unserer Natur!

Im Rahmen dieser Aktion sollen 1.400 m² zu EUR 5,00/m² freigekauft werden.

DI DP Markus Ehrenpaar Geschäftsführer Naturschutzbund Steiermark	Ing. Wolfgang Feigl Pressesprecher Naturschutzbund Weiz	Adolf Stebegg Sprecher Plattform Wolfsattel
-------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------



Die Plattform zur Erhaltung der Naturlandschaft Wolfsattel hat eine Bausteinaktion ins Leben gerufen. Mit 5 Euro hat man einen m² Natur am Wolfsattel freigekauft und trägt damit zum Überleben gefährdeter Tier- und Pflanzenarten bei. Auch die Stadtgemeinde Weiz und der Wasserverband Schöckl Alpenquell unterstützen diese Aktion.



Ökostromfreunde und Atomstromgegner haben jetzt die Möglichkeit, beim Ökostrominitiative-Pool mitzumachen. Der Strom ist nicht viel teurer als beim alten, konventionellen Stromhändler, aber garantiert atomenergiefrei. Die Alpen Adria Naturstrom Vertrieb GmbH ist ein seriöser Anbieter von Ökostrom. Der Anbieterwechsel ist kostenlos!

Sollten Sie Interesse haben, wenden Sie sich an Ing. Wolfgang Feigl, Siegfried Esterl Gasse 22, 8160 Weiz. Tel.: 03172/42 446 15, Handy: 0664/39 555 14, oekostrom@inode.at oder www.weizsolar.at

INTERVIEW MIT ING. WOLFGANG FEIGL

„Die Weizer wollen keine Tran

Wolfgang Feigl scheut die Verantwortung nicht. In einem Interview erzählt er über Beweggründe seiner politischen Arbeit und seine Ziele für die Menschen in Weiz.

Volksstimme: Ab Herbst sind Sie wieder im Weizer Gemeinderat. Sind Sie noch nicht der Politik überdrüssig?

Feigl: Nein, ganz im Gegenteil. Ich sehe es als meine persönliche Verantwortung, mich politisch zu engagieren.

Volksstimme: Viele stoßen sich daran, dass Sie ursprünglich für die Grünen kandidiert haben, aber jetzt in den Gemeinderat einziehen, nachdem Sie sich der KPÖ zugewandt haben.

Feigl: Das Mandat, das ich bei der letzten Gemeinderatswahl bekommen habe, habe ich als Person bekommen. Ich wurde gewählt, weil viele Menschen der Meinung sind, dass ich etwas für sie bewegen kann.

Auch nehme ich den Eid, den man als Gemeinderat schwört (siehe unten), ernst und möchte meine Erfahrung in der

Kommunalpolitik sinnvoll einbringen.

Volksstimme: Ihre politische Heimat ist heute die KPÖ. Warum?

Feigl: Mein Anliegen ist die Wahrung und Stärkung der Interessen der Schwachen und Benachteiligten. In diesem Sinne stehe ich als unabhängiger Kandidat hinter den Ideen der KPÖ, die diese Ziele mit Ernest Kaltenegger in der Steiermark verfolgt. Besonders imponiert mir, dass die KPÖ-Politiker und Politikerinnen sich selbst Lohnobergrenzen gesetzt haben und alles, was darüber hinaus geht, bedürftigen Menschen zukommen lassen. Niemand wird also für die KPÖ in die Politik gehen, weil er sich bereichern will.

Volksstimme: Welches sind die wichtigsten Anliegen, für die Sie

sich in Weiz in nächster Zeit einsetzen wollen?

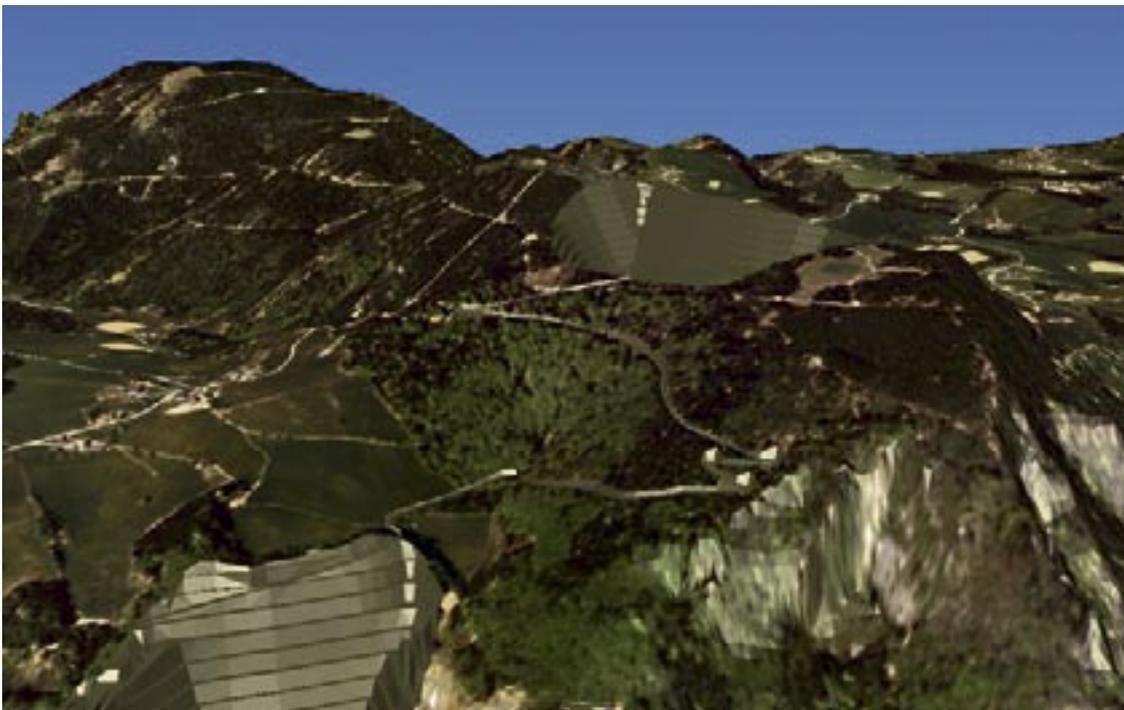
Feigl: Meine vordringlichsten Anliegen sind die Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft Wolfsattel, die Absicherung des Weizer Wassers für die Weizer Bevölkerung sowie eine ökologisch und ökonomisch vernünftige und sinnvolle Lösung des Durchzugs- und Pendlerverkehrs von Weiz Richtung Norden.

Volksstimme: Wie stehen Sie zur Diskussion um den 50 Millionen Euro teuren Weizklammmtunnel?

Feigl: Bevor man über den Weizklammmtunnel redet, muss man das Verkehrsproblem in Weiz an einer anderen Stelle anpacken: Seit 10 Jahren kämpft Weiz um die Unterflurtrasse. Diese muss so schnell wie möglich realisiert werden. Erste Grundstücksablösen gibt es ja schon. Wird der Weizklammmtunnel vor dem Bau der Unterflurtrasse umgesetzt, verstärkt sich das jetzt schon unerträgliche Verkehrsauf-

kommen und wir haben einen Transitverkehr von Weiz aus über Passail, Rechberg nach Norden.

Als nächster Schritt kommt die Forderung nach der Untertunnelung des Rechberges? Das Geschrei nach einen Weizklammmtunnel mag zwar populistisch sein, ist aber unverantwortlich für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik. Die Weizer Bevölkerung ist jetzt schon, vor allem durch den Schwerverkehr Richtung Norden, extrem und unzumutbar belastet. Allein bis man zum hochwertigen Kalkgestein kommt sind 24.000 LKW-Fahrten für den Transport der abgetragenen Wolfsattelspitze und des nicht brauchbaren Materials durch Weiz notwendig. Dabei möchte ich zu bedenken geben, dass Weiz ein Feinstaubsanierungsgebiet ist. In der Frage des Weizklammmtunnels sollte man nicht nur populistisch agierende Abgeordnete zu Wort kommen lassen, sondern seriö-



DAS GELOBEN POLITIKER

„Ich gelobe, der Republik Österreich und dem Land Steiermark unverbrüchliche Treue zu bewahren, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die Amtverschwiegenheit zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Der geplante **Kalkabbau am Wolfsattel** bedeutet eine Gefahr für eine wertvolle Natur- und Kulturlandschaft und würde das Feinstaubsanierungsgebiet Weiz erheblich belasten.

sithölle"

se Experten beiziehen, die die Fakten auf den Tisch legen.

Volksstimme: Kann man als Selbstständiger für die KPÖ sein?

Feigl: Immer weniger Menschen sind die Sicherheiten der Lohnarbeit vergönnt. In meinem Unternehmen bin ich Unternehmer und Unternommener in einem. Und die Arbeit mache ich selber. Die Realität sieht heute doch anders aus: Die Leistung der Arbeiter lohnt sich für sie schon lange nicht mehr. Das muss anders werden. Wer hat denn Österreichs Wirtschaft aufgebaut? Nicht die Kammerfunktionäre, nicht die Industriellenvereinigung, nicht die Konzernmanager, sondern die arbeitenden Menschen im Lande.



Zur Person: Wolfgang Feigl, Jahrgang 1958, Vater von vier Kindern, ist Geschäftsleiter der Firma Feigl Weiz Solar, Sonnenkraftwerke zur Solarstromerzeugung. Er war 10 Jahre lang ehrenamtlich im Landesvorstand der steirischen Grünen und Obmann der steirischen Gemeinderäte. Von 1995 bis 2004 war Feigl für die Grünen im Weizer Gemeinderat. Nach einer Auszeit kehrte er 2006 für die KPÖ in die Politik zurück. Ab Herbst ist er wieder im Weizer Gemeinderat



ELEKTROAUTO

Jetzt für 2010 bestellen!

Pro Tag verbrennen wir in Österreich mehr als 40 Mio. Liter Erdöl, mehr als 90 Prozent davon werden importiert. Bereits jetzt könnten wir mit durch die Sonne erzeugten Strom um die Hälfte billiger fahren als mit Benzin.

Um 15.000 km pro Jahr (österreichischer Durchschnitt) fahren zu können, wäre eine Photovoltaik-Fläche von nur 14 m² ausreichend. Die einmaligen Investitionskosten dafür betragen lediglich 12.000

Euro. Bei der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) können jetzt Sammelbestellungen für Elektroautos aufgegeben werden. Ziel ist es, den Elektroautos zu einer Massenproduktion und einer schnelleren Markteinführung (voraussichtlich 2010) zu verhelfen.

Nähere Infos und Online-Bestellung:

www.e3-mobil.de

Für Gemeinden gibt es eine 50%ige Förderung!



Wasser – kostbares Nass. Das Weizer Wasser muss für die Bevölkerung geschützt werden

foto flickr

UNSER KNIFFLIGES QUIZ FÜR SCHLAUE

1. Wie heißen die Akteure, die schon das dritte Mal die Bundesregierung aufgelöst haben, Wahlergebnisse nicht akzeptieren, und damit den Steuerzahler ein Vermögen kosten?

- a.) ÖVP (Schüssel, Molterer)
- b.) ÖVP (Schüssel, Molterer)
- c.) ÖVP (Schüssel, Molterer)

2. Wer spielt in der Steiermark Opposition, obwohl sie in der Regierung sitzen, wer akzeptiert die letzte Landtagswahl nicht und wird die Regierung in der Steiermark sprengen?

- a) ÖVP – Schützenhöfer
- b.) ÖVP – Schützenhöfer
- c.) ÖVP – Schützenhöfer

(jeweils nur eine Antwort möglich!)

Bei richtiger Antwort: Eine Energieberatung gratis!

Antworten per SMS oder telefonisch unter 0664/39 555 14

FACHARZTMANGEL IM BEZIRK WEIZ

1 Urologe für 86.000 Menschen

Stundenlang warten trotz Termin, lange Anreise: Wer im Bezirk Weiz zum Urologen oder zum Orthopäden muss, braucht gute Nerven.

mer Stillstand. Doch diese haben gar keine andere Wahl, gibt es doch im ganzen Bezirk Weiz nur einen einzigen Urologen, und dieser pendelt zwischen Gleisdorf und Weiz hin und her. In Gleisdorf ist er gar nur zehn Stunden in der Woche.

Auch der einzige Kassen-Facharzt für Orthopädie im Bezirk hat eine Ordination in Weiz, und eine zweite in Gleisdorf, wo er zweimal in der Woche für ganze siebeneinhalb Stunden anzutreffen ist.

Leeres Ärzte-Zentrum

In der Schillerstraße in Gleisdorf wurde vor mehr als fünf Jahren ein fünf Millionen Euro teures Ärztezentrum gebaut. Der von der Fima IMC Immobilienmanagement

GmbH errichtete Gebäudekomplex erhielt den ehrgeizigen Namen „Äskulap-Center“ und wurde für zehn Arztpraxen konzipiert.

Tatsächlich fristen auf der 3.000 Quadratmeter-Fläche bis heute lediglich ein Orthopäde, eine Facharztpraxis für Medizin (Termine nur nach Vereinbarung) und ein Hals-Nasen-Ohren-Arzt ihr Dasein. Mittlerweile hat man das Zentrum in „Life-Center“ umbenannt und versucht die Räumlichkeiten anderweitig zu vermieten.

Zwei Urologen sind zu viel

Wenn man bedenkt, wie viele ambitionierte junge Leute, die ein Medizinstudium anstreben, heute an den Universitäten abgewiesen werden – Stichwort Ärzteschwemme –, wie schwierig es ist, eine Turnusstelle zu bekommen und wie viele Ärztinnen und Ärzte ins Ausland gehen, weil sie dort eher gebraucht werden als hier, ist eine solche Unterversorgung mit Fachärzten umso unverständlicher.

Laut Kammeramtsdirektor Dr. Dieter Müller liegt der Mittelwert für die Planstelle eines Urologen bei 51.000 Einwohnern. Zwei Urologen seien demnach zu viel für die Region. „Natürlich verhandeln wir immer wieder mit der Gebietskrankenkasse um Planstellen, wenn wir der Meinung sind, dass es in einer Region zu wenige Ärzte gibt, aber mit 1000 Ärzten sind wir in der Steiermark gut versorgt“, meint Müller, obwohl er zugibt, dass die Krankenkassen durch das knappe Budget auch bei der Vergabe von Planstellen immer restriktiver werden.

Armutszeugnis

„Die Leute haben Schmerzen und müssen unzumutbar lange Wegstrecken in Kauf nehmen, um dann stundenlang im Wartezimmer zu sitzen!“, beschreibt Edi Giesen, Regionalsprecher der KPÖ, die Situation. „Diese Unterversorgung ist ein Armutszeugnis für eine moderne Gesundheitspolitik.“

Der Termin beim Urologen in Gleisdorf ist für neun Uhr angesetzt. Um ja rechtzeitig da zu sein, kommt Herr H. schon um halb neun Uhr. Trotzdem sitzt er bis halb zwölf im Wartezimmer der Facharztpraxis.

Ärzte pendeln

Denn während die Rettung akute Fälle antransportiert, herrscht für die Patientinnen und Patienten im Wartezimmer



Der Staat spart auch im Gesundheitsbereich immer mehr. Wer die Behandlung in der Privatpraxis nicht bezahlen kann, dessen Versorgung ist künftig ernsthaft in Gefahr.